

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 56, Rottbuserdamm 23 T.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierpaltige Zeile 60 Pf., Stellengefüge 40 Pf.; für Werbungsmitglieder 40 Pf.; Veranlagungsanzeigen zc. 20 Pf. Privatanzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 34

Berlin, den 20. August 1910.

26. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Um Irrtümer im Kleben der Beitragsmarken zu vermeiden, wollen die Mitglieder beachten, daß für die Woche vom 28. August bis 3. September das mit Ziffer 35 bezeichnete Beitragsfeld im Mitgliedsbuch oder der Mitgliedskarte zu bekleben ist. Der Beitrag ist nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten.

2. Da mit dem 1. Oktober 1910 für alle 4 Beitragsklassen neue Quittungsmarken zur Einführung kommen, wird den mit den Kassengeschäften betrauten Funktionären die Arbeit sehr erschwert, wenn die Mitglieder nicht bis dorthin die laufenden und etwa noch rückständigen Beiträge entrichtet haben. Wir richten daher an alle Mitglieder das dringende Ersuchen, im Interesse einer glatten Abwicklung der Kassengeschäfte, die Beiträge bis einschließlich 30. Woche spätestens bis 1. Oktober 1910 zu entrichten.

3. Eine Erhöhung des Lokalbeitrages für männliche Mitglieder von 5 auf 10 Pf. pro Woche ist von der Zahlstelle Briesg beschlossen und vom Verbandsvorstand genehmigt worden.

4. Das stenographische Protokoll über die Verhandlungen des 11. Verbandstages, dem auch das Protokoll über die 2. Internationale Konferenz der Buchbinderverbände angeschlossen ist, wird voraussichtlich gegen Ende August im Druck fertiggestellt sein. Das Protokoll wird zum Preise von 20 Pf. pro Exemplar an die Mitglieder abgegeben.

Die Bevollmächtigten werden ersucht, ihren Bedarf bis zum 27. August hierher mitzuteilen, wobei sie beachten wollen, daß die bestellten Exemplare als verkauft betrachtet werden müssen und nicht mehr zurückgenommen werden können.

5. Die für die Jubilare des Verbandes bestimmten, mit einem besonderen Widmungsblatt versehenen Exemplare des ersten Bandes der „Geschichte des Deutschen Buchbinder-Verbandes und seiner Vorläufer“ sind den Bevollmächtigten der in Betracht kommenden Gauen und Zahlstellen zugesandt und inzwischen wohl den Jubilaren überreicht worden. Sollten irgendwo bestellte Exemplare nicht eingegangen sein, ersuchen wir um entsprechende Mitteilung, und diejenigen Bevollmächtigten, die die in ihren Zahlstellen vorhandenen Jubilare überhaupt hierher noch nicht gemeldet haben, ersuchen wir, dieses unverzüglich nachzuholen.

6. Nachstehend aufgeführte Mitgliedskarten bezw. -Wücher sind den Inhabern abhanden gekommen. Dieselben werden deshalb für ungültig erklärt und sind bei eventueller Vorzeigung anzuhalten und an uns einzusenden.

Nr. 58 452 ausgestellt für Franz Meyer
" 60 443 " " " Michael Frey
" 68 035 " " " Johanna Beer
" 76 195 " " " Friedrich Bäuerle
" 83 294 " " " Emilie Schweitzer

Nr. 89 363 ausgestellt für Rosa Kuprecht
" 90 010 " " " Emil Hugo Küngel
" 92 473 " " " Fritz Clausen
" 94 117 " " " Ernst Bender.

7. Ausgeschlossen auf Grund des § 16b des Statuts wurde in Cottbus der Buchbinder Friedrich Bollrath aus Cottbus (Buchnummer 90 119). Der Verbandsvorstand.

Aus der Chronik der Klassenkämpfe.

Not und Unverstand.

Die Notlage des arbeitenden Volkes wird oben drein noch von den Herrenmenschen des Kapitalismus dazu benützt, die Arbeiter zum Fronddienst zu zwingen und die Lage des arbeitenden Volkes weiter zu verschlechtern. Es genügt dem Ausbeutertum nicht, daß die Arbeitskraft, das einzige Gut des Proletariats, besonders durch die zunehmende Frauen- und Kinderarbeit entwertet wird, es sollen auch die bestehenden Forderungen der Arbeiter unterdrückt werden. Dadurch zwingt das Ausbeutertum die Arbeiter in den Kampf, der dann sofort als Machtsprobe verschrien wird.

Aber die Notlage der Arbeiter im Verein mit dem Unverstand des Unternehmertums ist es ja gerade, die den Arbeitern die Forderungen diktiert. Die Not des Proletariats, die trotz der Arbeit von Mann und Weib und Kind immer höher steigt, sie zwingt auch die Frau in den Kampf.

In der Frauenmütel- und Kleiderindustrie New Yorks brach am 7. Juli ein gewaltiger Streik aus, an dem die Arbeiterinnen einen ganz hervorragenden Anteil nahmen. Zu vielen Tausenden schlossen sie sich den Streikenden an, die auf über 70 000 beziffert wurden. Mittags erhielten die Arbeiter und Arbeiterinnen die Aufforderung zum Generalstreik und spontan verschaffte sich der jahrelang genährte Grimm Genugtuung. Nach der Mittagspause kehrten die Zehntausende zurück, packten die Werkzeuge usw. zusammen und verließen einmütig ungeachtet der Beschwörungen der Fabrikanten die Arbeitsplätze.

Um was es sich handelt bei diesem Riesenkampf, geht besonders aus den unter Punkt 8 der Forderungen aufgeführten Mißständen hervor. Der Absatz lautet: „Keine Heimarbeit. Das heißt, es soll keine Arbeit den Frauen und Kindern der Arbeiter ins Haus gegeben werden. Gegenwärtig herrscht dieses System in weitem Umfange, und die Wohnungen vieler tausende von Arbeitern auf der Ostseite sind buchstäblich Schwibbuden, in denen Frauen und Kinder von Tagesanbruch bis zur Dunkelheit mit den letzten Arbeiten an den Kleidern beschäftigt werden bei dem Sammellohn von 50 bis 60 Cent den Tag.“ Das sibielt Elend sich aufhäufen konnte; daß der Lohn des Mannes verringert wurde, so daß sich die Frauen- ja sogar die Kinderarbeit notwendig machte; daß trotz alledem die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung auf der tiefsten Stufe anlangte und die Wohnstätte, die eine Stätte des Friedens sein soll, in Fabrikräume sich umwandelte, alles das konnte seine Ursache neben dem Kapitalismus nur noch im Unverstand der Massen haben. Es weit es schon gekommen ist, und wie notwendig es wurde, auch gegen den Unverstand der Massen anzukämpfen, zeigt neben dem Punkt 8

der New Yorker Streifforderungen ein weiterer Punkt, der lautet: „Die Unternehmer sollen den Arbeitern die mit Elektrizität betriebenen Maschinen sowie alle Zutaten, wie Nadeln, Nähgarne, Seide, Öl, Treibriemen usw. liefern, ohne dafür irgendwelche Lohnabzüge zu machen. — In keiner Fabrik sind Zwischenunternehmer oder Sub-Unternehmer erlaubt; die Arbeiter sollen nur mit den Fabrikanten direkt zu tun haben.“ Also selbst von den völlig unzulänglichen Löhnen werden noch Abzüge gemacht für Arbeitsmittel! Und diese Verhältnisse finden sich in allen kapitalistisch zivilisierten Kulturstaaten.

Es ist ganz dringend notwendig, zur Gewinnung der Arbeiterinnen alles an Kraft und Zeit aufzuwenden, was angewendet werden kann. Die Frauen allein sind dazu berufen, den Uebelständen der Frauen- und Kinderarbeit wirksam entgegenzutreten. Die Männer haben schon so viel mit der eigenen Lage zu tun, daß die Interessen der Arbeiterinnen darunter Schaden leiden. Die schon organisierten Frauen müssen in weit höherem Maße, als gesehen, zur Organisationsarbeit herangezogen werden. Nur dann erst wird es besser werden!

Ganz ähnlich liegen die Dinge bei dem Streik und der Aussperrung der deutschen Werftarbeiter. Auch hier war es die Not der Arbeiter und der Unverstand der Unternehmer, die den Arbeitern die Forderungen diktierten und sie zum solidarischen Handeln veranlaßten.

Anfangs wurden Forderungen an den Verein deutscher Seeschiffswerften gestellt, die dann auch dem Arbeiterverein übermittelte wurden. Alle Forderungen wurden glatt abgelehnt. Die Unternehmer waren aber so gütig, die ablehnende Haltung in einer Zusammenkunft mit den Arbeitervertretern mündlich begründen zu wollen. Das wurde nun wieder von den Arbeitern abgelehnt, denn sie mußten das als Hohn empfinden. Die Forderungen wurden aufs neue formuliert. Sie erstreckten sich auf Arbeitszeitverkürzung — die Arbeitszeit soll nur noch 53 Stunden betragen —, auf eine ganz geringfügige Lohnerhöhung, auf Ueberstundenarbeit, die statt mit 25 Proz. mit 33½ Proz. entlohnt werden soll — Sonntagsarbeit entsprechend mehr — und auf die Affordarbeit, für die ein garantierter Mindestverdienst verlangt wird. Die Forderungen wurden aufs neue übermittelte und abermals abgelehnt. Die Hamburger Werftarbeiter traten am 4. August in den Streik, dem sich die Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins, der christlichen Organisation und sogar die unorganisierten Arbeiter anschlossen. Das muß als Beweis dafür angesehen werden, daß die Arbeiterforderungen durch die zunehmende Teuerung, durch die Not des Volkes gerechtfertigt sind und daß der Kampf durch den Unverstand des Unternehmertums heraufbeschworen wurde. Auf den Hamburger Streik antworteten die Unternehmer mit dem Beschluß, 60 Proz. aller Werftarbeiter zum 11. August zu kündigen. Das ist auch pünktlich geschehen mit Ausnahme Riels und mit der Änderung, daß auch die restlichen 40 Proz. die Arbeitsstätten verließen.

Es war der Wille zur Macht, der die Unternehmer veranlaßte, die gerechten Forderungen der Arbeiter abzulehnen. Der Unverstand, gepaart mit der Bosheit der Scharfmacher im Unternehmertum,

brachte es dahin, daß die Bewegung auf große Gebiete und Arbeitergruppen übergriff. Dadurch wird aber eine ganz andere Wirkung erzielt als beabsichtigt war. Glauben die industriellen Herrenmenschen wirklich, daß die Arbeiter von ihren Forderungen ablassen, wenn Zehntausende ausgesperrt werden? Glauben sie, daß die Ausgesperrten einen Gegendruck auf die wenigen Streikenden ausüben? O — da täuschen sie sich gewaltig und beweisen nur wieder einmal ihren Unverstand. Je brutaler die Forderungen bekämpft werden, desto mehr werden sich die Arbeiter der Rolle bewußt, die sie in der kapitalistischen Gesellschaft zu spielen gezwungen sind. Ihnen wird gezeigt, daß sie es sind, die alle Güter schaffen und die am wenigsten davon erhalten. Ihnen wird weiter gezeigt, daß sie einig sein müssen unter sich, daß sie nur etwas gegen ihre Ausbeuter auszurichten vermögen, wenn sie solidarisch ihre Forderungen vertreten. Und in der Tat stehen hinter den Forderungen der Bestarbeiter nicht allein die 8000 Mann in Hamburg, sondern 35 000 Arbeiter!

Nach Ausbruch des Streiks bemühte man sich im bürgerlichen Lager um den Nachweis, daß es den Arbeitern bloß auf eine Machtprobe ankomme. Ja, man besaß die Stirn, zu erklären, die Vertreter der Arbeiter hätten die „exorbitanten“ und „unerschämten“ Forderungen nur deshalb gestellt, um die Arbeiter in den Streik zu treiben. Als sich aber diese Behauptung wegen ihrer Klumpheit und im Hinblick auf die Solidaritätserklärung christlicher und unorganisierter Arbeitergruppen nicht aufrecht erhalten ließ, und als die Einsicht kam, daß durch die Aussperrung einiger Schachsmacher unermesslicher Schaden angerichtet wurde, da rief man nach der Vermittlung des Staates! Der Staat soll den Unternehmern helfen!

Wie steht es diesmal mit der Vermittlungsaktion des Staates? Vielleicht wird man im Reichsamt des Innern mehr Verständnis für die Interessen der deutschen Industrie haben als bei den Unternehmern. Aber die großen Werften, die am Kriegsschiffbau interessiert sind und die die Lieferungsfristen verlängern konnten, sie wollen keine Einigung auf der Grundlage der Anerkennung der Arbeiterforderungen. Sie, bei denen die militärische Kommandogewalt herrscht und die vom Marineministerium gedeckt werden, sie wollen die bedingungslose Unterwerfung der Arbeiter. Die großen Werften haben also kein Interesse an einer Vermittlungsaktion. Anders die Werften, die am Bau von Handelsfahrzeugen interessiert sind. Ihnen schwimmen die Felle und — die Schiffe weg, und zwar nach England. — Das

Interesse der Arbeiter an einer Vermittlungsaktion der Regierung ist gering; besonders nach den verkleumerten Ausfällen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, dem Regierungsblatt des Reichskanzlers, die den Arbeitern Verschwendung vorwarf und die das Frühlück der Arbeiter für die Not des Volkes veranwortlich machte. Von einer Regierung, die ihren ganzen Unverstand so unerbötigen preisgibt, kann die Arbeitererschaft selbstverständlich keine Wahrung berechtigter Interessen erwarten. Sie werden ihre Interessen selbständig zu wahren wissen, wie sie das schon auf politischem Gebiet tun.

Der Unverstand der Reichstagsmehrheit und der Regierung, die durch die Steuererhöhung die Not des Volkes verschärft, rächt sich an ihnen. In der Reichstagswahl in Cannstatt-Ludwigsburg am 30. Juli siegte der Sozialdemokrat Redakteur Keil mit einer Mehrheit von über 4200 Stimmen über die beiden bürgerlichen Kandidaten, obwohl der 2. württembergische Reichstagswahlkreis noch nie im Besitz der Sozialdemokratie war! Fabrikant Dettinger (nall.) erhielt 9528, Redakteur Dr. Wolf (Bauernbund) 4930 und Redakteur Keil 18705 Stimmen. Der Kreis war im Besitz der Nationalliberalen. Dr. Sieber, der zum Regierungsdirektor befördert wurde, vertrat ihn seit 1898. — Die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten steigt damit auf 50.

Das ist ein prächtiger Sieg, der wie alle Siege der Arbeiterbewegung auf eine beharrliche Verbearbeitung zurückzuführen ist. Darum ist es albern, wenn das Bürgertum von Augenblickserfolgen redet. Das hat man immer getan. Und immer kamen neue Erfolge.

Die Bestürzung des Bürgertums ist so groß, daß sogar „ein rechtsstehender Politiker“ in der „Post“ das verbrecherische Mittel eines Krieges befürwortet! Der Krieg soll dem Reichskanzler, der sich nicht zu helfen weiß, die Wahlparole gegen die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen 1911 liefern! Der Unverstand treibt das Bürgertum ins Verderben. Der Sieg gehört den Arbeitern!

Die Stellung der Etuisfabrikanten zu Tarifverträgen.

s. Der Beschluß, den der Verband der Etuisfabrikanten Deutschlands auf seiner letzten Hauptversammlung in Eisenach gefaßt hat, nämlich „auf Tarifverträge mit Arbeitnehmerverbänden nicht einzugehen und darauf hinzuwirken, daß bestehende Verträge nicht erneuert werden“, veranlaßt wohl

So sehr sich auch die Komitees bemühen, jeder neuen Weltausstellung ein neues Gepräge zu geben, und so sehr auch tatsächlich in Einzelheiten die Arrangements der verschiedenen Ausstellungen voneinander abweichen, so bringt es doch der gleiche Zweck der Ausstellungen von selbst mit sich, daß sie in ihrem Gesamtaufbau dieselben Grundlinien einhalten. Wien hatte sich freilich 1873 die berühmte Rotunde geleistet und Paris 1889 den 300 Meter hohen Eiffelturm als fähiges Wunder der Eisenkonstruktion. Beides steht heute noch. Einen ähnlichen Sonderbau weist allerdings Brüssel nicht auf. Dafür sind hier mit besonderer Vorliebe die Gartenanlagen behandelt worden.

Vom Haupteingang aus fällt der Blick auf die mächtige Fassade des belgischen Hauptpalastes. In fast überreich mit Säulen, Stuck und Blattwerk beladenem Renaissancestil streckt sich der Palast zweihundert Meter in die Länge. Da er sich auf der Höhe einer breiten Terrasse erhebt, macht er einen pomphösen Eindruck. Hinter ihm und durch ihn verdeckt ziehen sich die breiten und tiefen Hallen der englischen und der französischen Ausstellungen hin in leichter, gefälliger Eisenkonstruktion, und alle mit Überblick versehen. Feinster gibt es in diesen Hallen nicht. Die Decken werden durch wagerecht gelegte oder herabhängende Leinwand- und Gipsstreifen gebildet, etwa wie im Theater. Zehntausende Meter von leichten, weißen Stoffen mußten aufgespannt werden, ehe die harten und edigen eisernen Dachkonstruktionen der mächtigen Hallen verdeckt waren, und man muß sagen, daß die Leinwand den gewaltig hohen Hallen eine gewisse Wärme und Weichheit verleiht.

Zwischen die französische Industriehalle und die allgemeine Maschinenhalle sind die kleineren Ausstellungen von Griechenland, Luxemburg, Schweiz, Desterreich, Dänemark, Persien, Italien, der Vereinigten Staaten und der Türkei eingelagert worden.

nach den Motiven zu suchen, denen derselbe entsprungen sein kann. In dem in der „Karlsmagen-Zeitung“ gegebenen Bericht über die Eisenacher Tagung sind solche nicht einmal angedeutet worden. Wir müssen also den Ursachen nachzuspüren suchen, die die kundgegebene Abneigung gegen die Tarifverträge veranlaßt haben könnten.

Sollte der hohe Wert, den solche Verträge nicht nur für beide Kontrahenten, sondern auch für das gesamte Gewerbe und für alle, die an ihm interessiert sind, haben, von den Herren Etuisfabrikanten verkannt worden sein? Das ist wohl kaum anzunehmen. Ist es doch der Zweck der Tarifverträge, einerseits den Arbeitern auf bestimmte Fristen angemessene Löhne zur Bestreitung ihrer Lebenshaltung zu sichern, ihr Einkommen, das in geschäftslauer Zeit jenseits schon durch die verminderte Arbeitsmöglichkeit ungünstig beeinflusst wird, den Einwirkungen des Lohndruckes zu entziehen und andererseits den Arbeitgebern auch in geschäftslauen Zeiten den ungehinderten Fortgang des Betriebes zu garantieren, und endlich das gesamte Gewerbe vor störenden Einwirkungen der Arbeiter wie der Arbeitgeber auf seine Entwicklung zu schützen. Ein Arbeitgeberum, das diesen Wert der Tarifverträge erkannt hat, müßte doch eigentlich eifrig genug sein und sich sagen, daß es ohne diese nur dort auszukommen vermag, wo sich die Arbeiter ihrer in der gewerkschaftlichen Organisation begründeten Kraft und Macht noch nicht bewußt geworden sind. Jedoch eine Arbeitererschaft, die längst von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugt ist, wird, wenn kein Tarifvertrag besteht, im Bewußtsein ihrer Macht stets an die Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse herangehen, wenn es der Geschäftsgang im Gewerbe auch nur einigermaßen als langsam erscheinen läßt; doch ebenso wird sie selbst in geschäftslauen Zeiten sich das nicht kampfslos nehmen lassen, was sie bereits besitzt. Dabin sollten wohl die Herren Etuisfabrikanten durch die Erfahrungen, die ihre Pforzheimer Kollegen im Jahre 1908 gemacht haben, belehrt worden sein.

Dem hat auch das vielfach sehr gut organisierte Arbeitgeberum in den verschiedensten Gewerben Rechnung getragen und schließlich die Arbeiter als ihnen gleichberechtigten Faktor im Wirtschaftsleben anerkannt, ihnen das Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eingeräumt. Nur gewisse Schachsmacherkreise im Unternehmerlager, deren unheilvoller Einfluß in den Arbeitgeberorganisationen zeitweilig in die Erscheinung tritt, glauben jede Einwirkung der Arbeiter auf ihre Existenzbedingungen unmöglich machen zu können. Nicht nur ökonomisch abhängig, sondern auch rechtlos in wirtschaftlicher Hinsicht sollen die Arbeiter bleiben. Daher der Kampf der Schachsmacher gegen die ihnen verhassten Tarifverträge; jedes Mittel erscheint ihnen geeignet, wenn es gilt, bestehende Verträge zu beseitigen und das Zustandekommen neuer zu verhindern.

Kreuz und quer führen hier die Gänge, und wer zum ersten Male ein so weit sich erstreckendes Hallengewirb besucht, überpringt leicht ganze Viertel und meint trotzdem, er habe sich gewissenhaft alles angesehen. Riemlich 90 000 Quadratmeter werden auf dieser Seite der Weltausstellung von zusammenhängenden Hallen bedeckt, die nach außen als eine einzige Halle erscheinen. Wer sich endlich durchgearbeitet hat, atmet erleichtert auf, wenn er durch eines der Seitenportale ins Freie tritt und sein Auge schweifen läßt über die prächtigen Gartenanlagen, die sich hier quer durchs Ausstellungsgebäude bis hinüber nach der Ostseite ziehen, von der aus der Turm des deutschen Hauses uns grüßt. Der eine Teil der Gartenanlagen ist von Paris, der andere von Holland hergerichtet worden. Beide haben ihr bestes geleistet, und die gefälligen, farbenfrischen Arrangements der Blumenbeete, die von Grasrabatten unterbrochen sind, nehmen den Besucher gern ein Süßholz gefangen.

Daß die deutsche Abteilung in sich abgeschlossen ist, wurde bereits gesagt. Ihr Inhalt wird noch zu besprechen sein. Stark ins Auge fallend sind die beiden gewaltigen Büffel vor dem Haupteingang zur deutschen Maschinenhalle. Die Metallwarenfabrik Frankfurt a. M. hat sie herstellen lassen und damit gezeigt, daß auch auf diesem Gebiete die deutsche Industrie den Vergleich mit anderen Ländern bequem aushält. — Hinter der deutschen Abteilung sind in reicher Anzahl Musterhäuser für Arbeiter und Arbeiterinnen errichtet worden, die unsere Aufmerksamkeit gleichfalls noch in Anspruch nehmen werden.

Daneben liegt der Platz der „Attraktionen“. Hier ist tolles Zeug zu sehen. Wasserbahnen, Mittelbreiter, sich brechende Häuser, Wahrsagepavillons, eine Treppenzittherbahn, Bergbahnen, eine Zwerghahn, ein Spiegelpalast, ein Kasperltheater, ein orientalisches Freigang, das lustige Haus, das lustige

Brüssel und seine Weltausstellung.

Flaudereien von A. Th.

II.

Eine Sonderstellung nimmt Deutschland in Brüssel ein, als es seine familiäre Ausstellungsofferte in einer geschlossenen Abteilung zusammengefaßt hat, während die Maschinen-, Gewerbe- und Industriehallen für die anderen Staaten gemeinsam sind, so daß in der allgemeinen Eisenbahnhalle Frankreich, England, Italien und Desterreich vertreten sind, ebenso in der allgemeinen Maschinenhalle. Es läßt sich nicht leugnen, daß durch die von Deutschland beobachtete Methode es gelungen ist, ein von den anderen Ländern nicht erreichtes Gesamtbild über die industrielle, gewerbliche und künstlerische Leistungsfähigkeit Deutschlands auf allen Gebieten zu gewinnen. Und es kann ohne jede Mißbilligung festgestellt werden, daß Deutschlands Industrie- und Kunstprodukte jetzt den Vergleich mit keinem anderen Lande mehr zu scheuen brauchen, ja daß auf mehr als einem Spezialgebiete Deutschland unbestritten die Spitze gewonnen hat. Das hört man hier in Brüssel von Engländern und Franzosen auch offen aussprechen. Schon äußerlich sieht die deutsche Abteilung nicht unvorteilhaft ab. Die Hallen sind nach dem Gesamtentwurf des Münchener Architekten Prof. Immanuel Seidl errichtet worden. Sie bilden trotz der Verschiedenartigkeit ihrer inneren Ausgestaltung und ihres Benutzungsweckes ein einheitliches Ganzes mit gleicher Außenarchitektur und gliedern sich an das von einem Turme gekrönte Hauptgebäude an. „Deutsches Haus“ nennt es sich, und es umfaßt einen besonderen Vortragsaal neben dem Festaal, in dem bildliche Vorführungen, von erklärenden Worten begleitet, den Stand der deutschen Industrie und des deutschen Handels den Zuhörern veranschauligen sollen. —

Sind nun in Eisenach bei der Beurteilung der Tarifverträge vor allem die Erfahrungen, die die Herren Eisenschmiedfabrikanten selbst auf diesem Gebiete gemacht haben, nicht als ausschlaggebend ins Gewicht gefallen, oder haben die Herren mit den Tarifverträgen in der Eisenschmiedindustrie etwa böse Erfahrungen gemacht? Nach der von den Herren mehrererorts geäußerten Ansicht, daß sie durch die Tarifverträge nur beständigen Veleichtigungen, Schikanierungen und Drangsalierungen ausgefetzt wurden, müßte ja das letztere zutreffen. Doch woher schöpfen die Herren ihr Wissen? Sind die Aufzeichnungen von Fabrikanten in solchen Orten getan worden, in denen ein Vertragsverhältnis noch nie bestanden hat? Oder ist nicht der Eisenacher Beschluß als das Werk der Scharfmacher in ihrem Verbandsanruf, deren Einfluß die Herren Eisenschmiedfabrikanten erlegen sind? Es ist schon so! Und der Beschluß ist allem Anschein nach durch Ansehen herbeigeführt worden, die vor der Öffentlichkeit kaum bestehen dürften. Deshalb auch die sorgliche Geheimhaltung der gepflogenen Verhandlungen über die Lohnfrage. Durch Uebertreibungen und falsche Darstellungen einiger Streitfälle, die sich in einem Vertragsverhältnis zeigten, dürften die Tarifverträge diskreditiert worden sein. Insbesondere soll das Berliner Vertragsverhältnis dazu haben herhalten müssen. Es ist deshalb wohl am Platze, einmal zu erfahren, ob die Herren Eisenschmiedfabrikanten auch wirklich Ursache haben, mit der Wirkung der bisherigen Verträge unzufrieden zu sein, und ob insbesondere die Scharfmacher unter ihnen berechtigt waren, über das Verhalten der Arbeiter und deren Organisation zu klagen.

In der Eisenschmiedindustrie bestanden bisher leider nur sehr wenige auf bestimmte Dauer festgelegte Tarifverträge; so in Eisenach seit dem 30. August 1904, in Berlin seit dem 20. November 1905 und in Pforzheim seit dem 25. Juli 1908. Sie sind also sämtlich noch sehr jungen Datums, daher auch noch keineswegs musterhaft und liefern deshalb auch kein besonders wertvolles Material zur Entscheidung über Wert oder Unwert der Tarifverträge. Doch, wenn sie auch Differenzen nicht ausgeschlossen haben, so dürften sie immerhin den von beiden Kontrahenten gegebenen Erwartungen einigermaßen entsprochen haben. Gewährleisteten sie doch den sozialen Frieden im Gewerbe, der für die Entfaltung desselben unbedingt erforderlich ist, bedingten sie doch den friedlichen Austrag aller Differenzen. Daß sich nun solche Streitfälle häufig eingestellt hätten, kann nicht einmal behauptet werden. In Eisenach werden sich schon in Anbetracht der geringen Anzahl der am Vertragsverhältnis beteiligten Arbeitgeber wie Arbeiter irgendwelche erheblichen Differenzen gar nicht bemerkbar gemacht haben; und das Pforzheimer Abkommen bestand ja lediglich darin, daß es den Arbeitgeberverband wie die Arbeiterorganisationen verpflichtete, für die Zeit vor dem 1. August 1910 weder generelle Lohnherabsetzungen noch Forde-

rungen auf Lohnherhöhung zu betätigen; es bot also jedenfalls nicht den geringsten Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten. Im Berliner Vertragsverhältnis, das inzwischen am 14. Oktober 1907 schon einmal erneuert worden ist und am 30. September d. J. wieder abläuft, sind allerdings einige Streitfälle vorgekommen, die, soweit sie der Leitung der Arbeiterorganisation bekannt geworden sind, ausnahmslos auch die Tarifinstanzen beschäftigten. Doch welcher Art waren denn die Streitfälle? Waren sie nicht zu einem Teil durch die Mängel im Verträge begründet und zum anderen Teil durch die Herren Fabrikanten selbst verschuldet?

Raum war der Tarifvertrag 1905 zustande gekommen und die Arbeit nach sechswochenlichem Kampfe wieder aufgenommen, so stellten sich auch schon bei der ersten Lohnzahlung Differenzen ein. Und wodurch? Von dem Wortführer der Herren Fabrikanten war bei den Vertragsverhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts das Versprechen abgegeben worden, die Umrechnung der bisherigen Wochenbezüge in Stundenlöhne werde so erfolgen, daß der Lohn für die nunmehr festgesetzte Arbeitszeit von 53½ Stunden den bei bisher 54 stündiger Arbeitszeit bezogenen Wochenlöhnen gleichkommt. Dieses in öffentlicher Sitzung vor der versammelten Arbeiterschaft abgegebene Versprechen haben die Herren nicht nur sehr bald vergessen, sondern bald darauf sogar bestritten. Ferner haben die Herren den tariflichen Bestimmungen bezüglich der Löhne eine Auslegung zu geben versucht, nach der die fragliche Bestimmung zweck- und sinnlos geworden wäre. Der Vertrag sah nämlich anstatt der von den Arbeitern geforderten Mindestlöhne die von den Arbeitgebern beantragten Durchschnittslöhne vor, und minderleistungsfähige Arbeiter dürften nach Vereinbarung, jedoch nicht unter 45 Pf. entlohnt werden. Anstatt nun lokalweise den Durchschnittslohn als Normallohn zu betrachten und dementsprechend die Arbeiter zu entlohnen, behandelten einige Arbeitgeber den größten Teil ihrer Arbeiter als minderleistungsfähige. Dadurch wurde in den fraglichen Betrieben der Durchschnittslohn nicht erreicht. Da die Arbeitgeberorganisation auf die Vorstellungen der Arbeitervertreter die Auslegung des Tarifs durch ihre Mitglieder billigte, mußten die Tarifinstanzen in Anspruch genommen werden. Der Regelung dieser Differenzen durch die Schlichtungskommission setzte die Arbeitgeberorganisation sofort neue Hindernisse in den Weg — indem sie gegen die Delegation eines Vorstandsmitgliedes der Arbeiterorganisation als Arbeitervertreter in die Schlichtungskommission Einspruch erhob —, die erst durch das Einigungsamt beseitigt werden mußten, bevor die sachlichen Streitfälle erledigt werden konnten. Ueber diese kam es aber in der späteren Sitzung der Schlichtungskommission zu keiner Verständigung, so daß das Einigungsamt angerufen werden mußte. In zwei Sitzungen erledigte dasselbe die Streitfälle zum Teil durch Schiedspruch, zum anderen Teil durch Vergleich, jedoch nur prinzi-

piell. Nun hätte man annehmen sollen, daß sich die Erledigung der Differenzen in den einzelnen Betrieben ohne weitere Umstände an der Hand des vom Einigungsamt gegebenen Kommentars der Vertragsbestimmungen ganz von selbst ergeben würde. Weit gefehlt! Obwohl das Einigungsamt dem Standpunkt der Arbeitnehmer beigetreten war, daß die Löhne der minderleistungsfähigen Arbeiter hincinzurechnen sind bei der Feststellung des Durchschnittslohnes im Betriebe, fühlten sich die beteiligten Arbeitgeber nicht veranlaßt, diesen Schiedspruch zu beachten. Im Gegenteil, sie drohten mit der Entlassung einiger am niedrigsten bezahlten Arbeiter, wenn auf Erfüllung des Schiedspruchs bestanden wird. Und die „betragstreue“ Arbeitgeberorganisation ließ ihren zöndierenden Mitgliedern unentwegt ihren Bestand. Wieder mußten die Tarifinstanzen um ihre Entscheidungen angegangen werden, ob die unter solchen Umständen erfolgenden Entlassungen als Maßregelungen zu betrachten sind, die nach den Vertragsbestimmungen ausdrücklich untersagt sind, und wieder trat das Einigungsamt als die höchste Instanz dem Standpunkt der Arbeiter bei und entschied, daß die Inanspruchnahme einer Entlassung von Arbeitern in Rücksicht auf den Schiedspruch des Einigungsamts vom 10. Februar 1906 als Inanspruchnahme einer Maßregelung anzusehen ist. Das waren die Streitfälle in der ersten zweijährigen Vertragszeit. Bei der Vertragserneuerung im Jahre 1907 ließen nun die Herren Fabrikanten ihren Antrag auf abermalige Festsetzung von Durchschnittslöhnen in Rücksicht auf die sich aus dieser Bestimmung ergebenden Differenzen fallen, und bewilligten die von den Arbeitern geforderten Mindestlöhne. Doch ohne Differenzen sollte auch das neue Vertragsverhältnis nicht bestreiken. Diesmal war es die Berechnung der Lohnzulagen, die das Streitobjekt bilden sollte. Der Vertrag drückte die Höhe der Zulagen in Prozenten aus. Da hatten die Arbeitgeber herausgefunden, daß sie vorteilhafter dabei wegkommen, wenn sie die jeweiligen Stundenlöhne mit der Zahl der Arbeitsstunden von 53 multiplizieren und nach den sich so ergebenden Wochenbezügen die Zulage berechnen. Die Arbeiter vertraten demgegenüber die Ansicht, da nun einmal seit 1905 die Stundenlöhne üblich geworden sind, sei auch die Zulage auf die Stundenlöhne und nicht auf die wöchentlichen Bezüge zu berechnen, und die sich ergebenden Bruchteile eines Pfennigs nach oben abzurunden. Das Einigungsamt entschied in letzter Instanz am 8. Januar 1908, daß der Zuschlag von 5 Proz. auf die bisherigen Stundenlöhne zu zahlen ist. Ergeben sich bei der Berechnung Bruchteile, so sind diese, wenn sie unter ½ Pf. betragen, auf ½ Pf., wenn sie mehr als ½ Pf. betragen, auf 1 Pf. abzurunden. Fast schien es, als ob das dreijährige Vertragsverhältnis nun ruhig seinem Ende zugehen würde. Da, noch kurz vor Ablauf desselben, stellten sich jedoch noch einige Streitfälle ein. Es handelte sich darum, daß bei zwei Arbeitgebern drei Arbeitnehmer nicht den im Verträge ausdrücklich bezeich-

net, eine Wellenautomobilbahn, die Wasserrolle, eine Gleitbahn. Man staunt über das Raffinement, mit dem hier neue „Attraktionen“ ausgefittelt worden sind zu dem Zwecke, die Besucher um 30 bis 50 Centimes oder auch um einen Frank zu erleichtern. Nicht alle machen gute Geschäfte. Aber wer Glück mit seiner Erfindung hat und das Publikum heranzuziehen weiß, der verliert als wohlhabender Mann die Ausstellung; denn täglich sind es viele Zehntausende, die das Eintrittsgeld von 1 Frank erlegen und die Ausstellung besuchen. Während die eigentlichen Ausstellungsräume jedem Besucher nach Erlegung des allgemeinen Eintrittsgeldes offen stehen, muß natürlich der Zutritt zu den „Attraktionen“ besonders begahrt werden. Und sie sind nicht spröde im Geldabknöpfen.

In reicher Abwechslung schließen sich an diesen Teil der Ausstellung Restaurationen der verschiedensten Art. Bier, Wein, Champagner, Limonaden — alles ist zu haben, was Herz und Magen begehren. — Nach dem Haupteingang zu reihen sich von hier aus Tümpel von kleineren Pavillons an, in denen weißbrotartige Seifen-, Schokoladen- oder andere Fabrike ihre Betriebe den Besuchern vorführen. Ein buntes Gewimmel, dem zu entziehen die große Bierhalle Alt-Büffelord oder das neben dem Haupteingange liegende Brüssel-Verneise mit seinen zahlreichen Erfrischung- und Ausruhegelegenheiten einladet.

Die bekannte Bezeichnung der Weltausstellungen als Weltjahrmärkte ist nicht zutreffend. Denn wenn alle die Zutaten, die den Weltausstellungen den Jahrmärkten Charakter verleihen könnten, wie die „Attraktionen“ und die weniger wertvollen Schaustellungen, wegfallen würden, so bliebe trotzdem der Wert der Ausstellung unvermindert. Die gebotenen Beleuchtungen und Zerstreuungen nimmt der Besucher gern mit in den Kauf, um sich nach Stunden ernensten Studiums auszurufen; aber sie machen das

Wesen der Weltausstellungen nicht aus. Dieses braucht vielmehr auf einem tieferen wirtschaftlichen Bedürfnis. Der Kapitalismus braucht eben die Weltausstellungen, und es ist kein Zufall, daß die erste wirkliche Weltausstellung vor 50 Jahren genau in die Zeit fällt, als die kapitalistische Produktionsweise bis zu dem Reifegrade gelangt war, daß sie sich den Weltmarkt dienstfähig machen mußte. Seitdem haben in unregelmäßigen Zeitabständen dergleichen internationale Ausstellungen stattgefunden, und die jegliche in Brüssel wird nicht die letzte sein. Obwohl die meisten Weltausstellungen mit ungenügender Defizits abgeschlossen haben, werden immer wieder neue arrangiert, weil sie eben noch wirtschaftlich notwendig sind. Und der agitatorische Wert einer Weltausstellung ist für die leistungsfähigen Großbetriebe so bedeutend, daß die Unternehmer zwar nur mit Unlust die oft sehr beträchtlichen Zuschüsse aufwenden, die mit ihrer Teilnahme an einer Weltausstellung verbunden sind, daß sie sich aber gleichwohl nicht abseits stellen, weil sie sonst der Konkurrenz das Feld überlassen würden.

Im Grunde handelt es sich also bei den Weltausstellungen für den Kapitalismus um eine verdammt ernste Sache. Will die Industrie eines Landes nicht an die Wand gedrückt werden, so muß sie rastlos an ihrer Vervollkommnung arbeiten. Neben den Abertausenden, die ruhig von Saal zu Saal, von Halle zu Halle schreiten und sich ansehen, was zu sehen ist, bemerkt man nicht wenige, die nur die Darbietungen ihres speziellen Faches studieren und wochenlang immer nur dieselben Hallen aufsuchen, in denen sie für ihre Branche etwas zu erfahren glauben.

Da jedes Land nur solche Produkte ausstellen darf, die es selbst erzeugt, geben die Weltausstellungen ein ziemlich sicheres Barometer an für den Gesamtstand der gewerblichen und industriellen Entwicklung jedes Landes. Leider hat niemand die

Möglichkeit, er müßte denn mehrere Monate darbleiben können, sich alle belchenden Darbietungen, die geboten werden, zunutze zu machen. So haben beispielsweise Belgien und Holland neben Deutschland auf den Gebieten des Unterrichts und der sozialen Statistik, des Städtebaues usw. Tabellen und Uebersichten ausgefittelt und ausgelegt, die man in dieser Vollständigkeit nicht wieder zu sehen bekommt, deren Durcharbeitung jedoch allein mehrere Wochen in Anspruch nehmen würde. Auch die Weltausstellungen entwickeln sich eben. Jede wiederholt, was an den vorangegangenen brauchbar und von dauerndem Werte war und setzt etwas Neues hinzu. Noch keine bisherige Weltausstellung hat beispielsweise der Gesundheitspflege so große Aufmerksamkeit gewidmet wie Brüssel. Und wenn ich mich erinnere, was Wien 1873 auf den Gebieten der Seefahrt oder des Unterrichts oder der Keramik bot und es mit dem vergleiche, was heute in Brüssel zu sehen ist, da fällt der gewaltige Fortschritt scharf in die Augen.

Unternehmungen aus rein kapitalistischen Gründen und mit rein kapitalistischen Zielen, bleiben die Weltausstellungen allerdings unverändert. Mag auch noch soviel von sozialer Wohlfahrt in den Katalogen die Rede sein, mögen auch noch so saubere „Arbeiterhäuser“ zur Schau gestellt werden, Zweck der Ausstellungen ist, dem Kapitalismus Dienste zu leisten. In den Restaurationen, die schodweise über das Gelände der Ausstellung verteilt sind, gibt es nahe an 1000 Kellner und Kellnerinnen. — Nicht einer oder eine von ihnen erhält einen Pfennig Lohn; sie sind ohne Ausnahme auf die Trinkgelder angewiesen. Verrechnet die Ausstellungserweise ein solches Restaurant keine Anziehungskraft, so mögen die armen Teufel zusehen, wo sie bleiben. Der „Patron“ ist ihnen gegenüber zu nichts verpflichtet.

neten Lohn erhielten; bei zwei derselben traf der erhobene Einwand der Minderleistungsfähigkeit nicht zu, und der dritte Arbeiter — dessen Minderleistungsfähigkeit auch von den Arbeitervertretern anerkannt wurde — wurde von seinem Lehrherrn nach sechs-jähriger Berufstätigkeit mit einem Lohnsatz von 30 Pf. pro Stunde bezahlt, obwohl nach Tarif für minderleistungsfähige Arbeiter nicht weniger als 45 Pf. gezahlt werden sollen. Die Schlichtungskommission erlebte am 29. Juni d. J. auch diese Streitfälle. In den fünf Vertragsjahren ist die Schlichtungskommission sechsmal und das Einigungsamt fünfmal zwecks Regelung von sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten zusammengetreten. Zugegeben ist, daß ein gut Teil dieser Sitzungen vermieden werden konnte. Doch die Tatsachen lehren wohl zur Genüge, daß die Differenzen nicht durch die Arbeiter verursacht und die Herren Fabrikanten keineswegs unbegründet vor den Rädern zitiert worden sind, wie letztere wohl glauben machen wollen.

Gäßen die Vertreter der Berliner Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes in Eisenach über die Vertragsdifferenzen unbefangene berichtet, der sich gegen die Tarifverträge wendende Beschluß wäre dann wahrscheinlich nicht gefaßt worden, denn der Verband der Etuisfabrikanten Deutschlands hat wahrlich noch kein so hohes und an Erfahrungen reiches Alter hinter sich, — seine Gründung erfolgte am 27. Mai 1907 —, um ein zutreffendes Urteil über Tarifverträge abgeben zu können. So ist es begreiflich, daß die Scharfmacher in ihm die Oberhand gewannen und ein Beschluß erteilt wurde, der, wenn er unbedingt befolgt werden sollte, das gesamte Etuisgewerbe schweren Zeiten entgegenführen muß.

In Pforzheim sind die Etuisfabrikanten nun offenbar auch zu der Einsicht gekommen, daß ein friedliches Einbereinigen mit unseren Kollegen dann doch einem die Industrie erschütternden Kampf und einer tariflosen Zeit vorzuziehen ist. Auf die in der vorigen Nummer unserer Zeitung mitgeteilte Resolution hat die Vereinigung der Pforzheimer Etuis- und Kartonnagenfabrikanten folgendes beschlossen und geantwortet:

„In Erledigung Ihrer gefl. Zuschrift nebst Resolution vom 6. d. M. teilen wir Ihnen höflichst mit, daß unsere Vereinigung am 9. August nachstehende Beschlüsse gefaßt hat:

1. Die Arbeitszeit von 53 Stunden pro Woche für Arbeiterinnen und Arbeiter, also 9 Stunden pro Tag — unter Beibehaltung der seither üblichen Rausen — Samstag 8 Stunden, obligatorisch einzuführen.
2. Dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts zu erklären, daß das für unser Gewerbe am 25. Juli 1908 getroffene Abkommen für weitere 3 Jahre, also bis 1. August-1913, gelten soll, sofern der Deutsche Buchbinderverband und der Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands ihrerseits dieselbe Erklärung abgeben.
3. Auch das im Jahre 1906 für die Weilarbeit (Weberzeitarbeit) getroffene Abkommen, nach welchem für die über die regelmäßige Arbeitszeit hinausgehenden ersten zwei Stunden je 20 Proz., für die 3. und 4. Stunde je 50 Proz. und für jede weitere Stunde (Nacharbeit) und Sonntagsarbeit 100 Proz. Zuschlag zu bezahlen sind, auf denselben Zeitpunkt zu verlängern.
4. Betreffs der Lohnerhöhung auf die Ihnen bereits unterm 3. d. M. erteilte Antwort zu verweisen und zu wiederholen, daß wir unseren Mitgliedern empfohlen haben, ihre Lohnbücher durchzusehen und dort Aufbesserungen vorzunehmen, wo dieselben durch entsprechende Leistungen angezeigt erscheinen. Soweit dieselben infolge der im „Schwarzen Adler“ gefaßten Resolution unterbleiben sind, sollen sie ab 15. d. M. unter Berücksichtigung der bereits erwähnten Umstände erfolgen bezw. in Kraft treten.

Durch diese Beschlüsse sind wir unserer geschätzten Arbeiterchaft im Interesse des Friedens weitgehendst entgegengekommen und müßten jede Verantwortung ablehnen, wenn trotzdem eine Störung eintreten sollte, die für unsere Industrie und nicht zuletzt für die Arbeiter selbst die größten Nachteile im Gefolge hätte.“

Zu dieser Antwort nahm am 11. August eine gut besuchte Versammlung der Etuisarbeiter und Arbeiterinnen Stellung. Kollege Dietrich als Vertrauensmann der Etuisarbeiter referierte über die gepflogenen Verhandlungen. Er führt aus, daß verschiedene Firmen eine Lohnerhöhung bis jetzt schon durchgeführt haben. Bei der Firma Haug beträgt dieselbe 2—4 Pf., bei Mele durchweg 2 Pf. Nedner ist der Ansicht, daß die Etuisarbeiter von den ersten Punkten des Schreibens einverstanden sein können, mit Ausnahme des Schlusssatzes in Punkt 3 betr. des Christlichen Holzarbeiterverbandes, da derselbe für die hiesige Stadt nicht in Betracht kommt.

Auf Grund des Punktes 4 des Antwortschreibens müssen noch Verhandlungen stattfinden, da der Etuisarbeiterverband keine Garantien habe, ob die zugestandenen Lohnerhöhungen auch wirklich eingehalten werden. Bei der Firma Grunbach ist nun, nachdem am Samstag die Arbeiter gekündigt haben, eine Lohnerhöhung von 2 Pf. ebenfalls zugestanden worden. Nedner führt aus, daß es noch möglich sein werde, über die noch strittigen Punkte einig zu werden, um eine generelle Lohnerhöhung durchzuführen; es müsse aber unbedingt verlangt werden, daß die Abmachungen schriftlich niedergelegt werden.

Der Vorsitzende Kollege Mann stellt die Ausführungen des Referenten zur Diskussion. Kollege Dietrich-Stuttgart gibt seiner Freude über das verlesene Schreiben der Etuisfabrikanten Ausdruck bezw. darüber, daß dieselben geneigt sind, nun eine Lohnerhöhung auf die Dauer von drei Jahren einzugehen. Allerdings müßten sie mit der Lohnerhöhung noch etwas weitergehen. Soffentlich gelinge es, den Frieden auf die Dauer von drei Jahren wieder sicher zu stellen. Die Etuisarbeiter wollen den Kampf nicht; sollten aber die Arbeitgeber denselben provozieren, so werden die Arbeiter denselben nicht ausweichen. Die Arbeitgeber werden wohl noch nicht das letzte Wort gesprochen haben.

In der anschließenden Diskussion erklären sich die einzelnen Nedner mit den Ausführungen einverstanden und verlangen, daß die Abmachungen schriftlich getroffen werden, da sonst keine Garantie vorhanden sei, daß dieselben gehalten werden.

Eine vom Kollegen Dietrich vorgeschlagene Resolution, welche sich mit den ersten drei Punkten einverstanden erklärt, dagegen verlangt, daß über Punkt 4 betr. Lohnerhöhung um Verhandlungen nachgesucht werden soll, um eine Lohnerhöhung generell durchzuführen, wird einstimmig angenommen.

Zum Schluß appelliert Kollege Dietrich noch an die Versammlung, das am Sonntag stattfindende Gewerkschaftsfest auf dem Schützenhaus zahlreich zu besuchen und an dem Festzug durch die Stadt teilzunehmen. Hierauf schließt der Vorsitzende Mann die Versammlung mit dem Wunsch, auch bei den noch notwendig werdenden Versammlungen so zahlreich wie heute zu erscheinen.

Die in Unterreichenbach beschäftigten Kollegen schlossen sich in einer am 12. August abgehaltenen Versammlung dem Beschluß der Pforzheimer an.

Auch in Eisenberg

scheint jetzt die Möglichkeit einer friedlichen Einigung vorhanden zu sein, wenngleich unsere Kollegen und besonders auch unsere Kolleginnen zu einem großen Teile noch daran zweifeln, daß sie ohne Kampf zum Ziele kommen werden, und sich infolge des bisherigen Verhaltens der Fabrikanten eine starke Strömung für sofortige Arbeitsniederlegung geltend zu machen sucht. Nachdem jedoch die Fabrikanten sich nun bereit zeigen, die Verhältnisse auf dem Wege der Verhandlungen zu regeln, liegt es selbstverständlich im Interesse unserer Kollegenschaft, erst einmal abzuwarten, was dabei herauskommt.

In einer stark besuchten Versammlung der in der Lohnbewegung stehenden Etuisarbeiterchaft Eisenbergs wurde am Sonnabend, den 13. August, der Bericht über den Stand der Bewegung gegeben. Zunächst wurde unter dem Beifall der Kollegen und Kolleginnen festgestellt, daß die Kündigungen in sämtlichen Betrieben erfolgt sind, mit denen eine Einigung nicht zustande gekommen ist. Die bereits von einer Reihe von Firmen akzeptierten „Bestimmungen“ sind auch den übrigen Fabrikanten mit dem Wunsche zugestellt worden, dieselben auch für sich als bindend anzuerkennen zu wollen. Antwort ist bis spätestens Freitag, den 12. August, erbeten worden. Eine solche ist zwar nicht eingegangen, doch hat der Chef der Firma May Reich Nachf. den Bezirksleiter Zinke zu sich gebeten, um mit ihm eine Aussprache über die Verhältnisse der Eisenberger Etuisindustrie zu pflegen. Dieser Aussprache haben die Werkstufenkommmissionsmitglieder der Firma und der Kollege Feinende von den Holzarbeitern beigewohnt. Zu einer befriedigenden Regelung der Streitfrage ist es indessen nicht gekommen, weil die ganze Aussprache von vornherein als eine unverbindliche beigezeichnet worden war. Herr Schneider (Chef der obengenannten Firma) erklärte sich jedoch damit einverstanden, daß am Mittwoch, den 17. August, die Kommissionen der verschiedenen Betriebe zu einer gemeinsamen Verhandlung zusammentreten, in welcher der Versuch gemacht werden soll, eine friedliche Erledigung der Differenzen herbeizuführen. In den Affordbetrieben sollen die Kommissionen schon vorher mit ihren Geschäftsleitungen verhandeln, so daß die gemeinsame Einigungsverhandlung sich nur noch mit den Affordpositionen zu beschäftigen habe, bei welchen es zu einer Einigung in den Betrieben nicht gekommen sei. Kurz vor Beginn der Versammlung ist noch die telefonische Mitteilung eingegangen, daß sich die Besitzer der übrigen Betriebe mit diesen Ab-

machungen einverstanden erklärten, jedoch als Bedingung fordern müßten, daß keine Maßregeln ergriffen werden dürften, welche geeignet wären, die Situation zu verschärfen. Es war dies mit Hinblick auf die Tatsache gefordert worden, daß bereits im Verlauf der verfloffenen Woche eine Anzahl Heimarbeiterrinnen die Arbeit ruhen gelassen haben, ohne dazu aufgefordert worden zu sein. Der Kollege Zinke unterbreitete der Versammlung die nachfolgende Resolution, von der nach lebhafter Debatte die Abschnitte 1, 2 und 4 angenommen wurden, während Abschnitt 3 mit großer Majorität abgelehnt wurde.

„Die heutige in „Stadt Leipzig“ tagende Versammlung der in der Etuisindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt sich damit einverstanden, daß am Montag in sämtlichen Betrieben, soweit dies noch nicht geschehen sein sollte, Kommissionen gewählt werden, denen die Vertretung der Interessen sämtlicher Kollegen und Kolleginnen bei der am Mittwoch zu erwartenden Verhandlung übertragen werden soll.

Insbesondere ist die Versammlung damit einverstanden, daß in den Affordbetrieben die Kommissionen schon vorher den Versuch machen, zu einer Regelung der Zusätze zu kommen, die auf die einzelnen Affordpositionen gemäht werden müssen.

In Anbetracht des Umstandes, daß die Möglichkeit gegeben erscheint, die Lohnforderungen auf dem Wege der Verhandlung zur Durchführung zu bringen, empfiehlt die Versammlung den Heimarbeiterrinnen, die Arbeit bis auf weiteres fortzusetzen.

Die Versammlung erwartet von der Leitung, daß sie die bereits von einigen Fabrikanten bewilligten Forderungen unter allen Umständen zur Durchführung zu bringen versucht.“

Eine andere Resolution, in welcher die sofortige Arbeitsniederlegung aller Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Einhaltung der Kündigungsfrist gefordert wurde, war damit gegenstandslos geworden.

Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten, in welchem die notwendigen Anweisungen für die nächsten in Angriff zu nehmenden Arbeiten gegeben wurden, erreichte die Versammlung, die nur schwer von den schärfsten Maßnahmen abzubringen war, ihr Ende.

In Berlin ist eine Einigung noch nicht zustande gekommen. Wie vorausgesehen war, hat die Etuisarbeiterchaft es einstimmig abgelehnt, sich mit dem bei den Verhandlungen am 5. August gemachten Angebot der Fabrikanten einverstanden zu erklären. Da die Verhandlungen fortgesetzt werden, ist es immer noch möglich, daß die Lohnbewegung auf friedlichem Wege zu einem guten Ende geführt wird.

Unternehmertagen. *)

III.

Der offizielle Bericht über die Generalversammlung des Verbandes der Etuisfabrikanten Deutschlands beginnt mit den Worten: „Daß alle, die in dem herrlich gelegenen Eisenach mit seiner sagenumwobenen Wartburg geweilt haben, gern an die schönen Tage zurückdenken werden. Es sei eine glückliche Wahl gewesen, als man Eisenach zum Tagungsort bestimmte, das habe die zahlreichste Beteiligung von Mitgliedern aus allen Gegenden Deutschlands gezeigt.“ — Wir zweifeln nicht daran, daß manchen Fabrikanten das Vergnügen, einige Tage in einer der schönsten Gegenden Deutschlands verweilen und nebenbei seine Interessen wahrnehmen zu können, angelockt hat, die Reise zu machen, und wer von den Herren nicht allzu oft Gelegenheit hat, wird sich wohl auch gern der schönen Tage erinnern. Auf den Besuch unserer Verbandstage und den Kongress der Arbeiterchaft überhaupt hat es allerdings keinen Einfluß, ob sie in einer schönen oder weniger schönen Gegend stattfinden; da kommen die Vertreter lediglich zu ernster Arbeit zusammen, und wenn inzwischen einmal ein Ausflug oder Fest veranstaltet wird, so ist das nichts als eine notwendige Erholung von anstrengender Tätigkeit.

Es wäre aber verfehlt, wollte man annehmen, daß die Fabrikanten nicht auch in ihrem Sinne ernste Beratungen gepflogen hätten. Auch sie haben ja ihre Sorgen, und auch sie suchen ihre wirtschaftliche Lage durch ihre Organisation zu verbessern. Da ist es die Konkurrenz in ihren eigenen Reihen, die Schmutzkonkurrenz, die ihnen schwere Sorgen macht, dann die Arbeiterchaft, die mehr Lohn und ohnedreiß kürzere Arbeitszeit verlangt, ferner die Zölle, die ihnen den Auslandsmarkt abschneiden, und noch manches andere. Zunächst ließen sie sich vom Generalsekretär Rasse einen Vortrag über das im vorigen Jahre in Kraft getretene neue Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb halten, von dem Herr Rasse erwartet, daß es zur Gesundung des Handels und Gewerbes unbedingt beitragen werde. Wir können uns dieser Hoffnung

*) Siehe auch Nr. 30 und 31 der „Buchbinder-Zeitung“.

nicht hingeben; jedenfalls wird es, solange die kapitalistische Welt- und Wirtschaftsordnung noch besteht, so bleiben, daß, wer den Mund recht vollnimmt und dabei über das nötige Kapital und die nötige Frechheit verfügt, über den Kleinen, bescheidenen Geschäftsmann den Sieg davonträgt. Dem Bericht des Vorstandes über das verfloßene Geschäftsjahr war zu entnehmen, daß die wirtschaftliche Depression, die schon im vorigen Jahre bestand, während des größten Teiles des Jahres 1909 angehalten hat, daß sich das Geschäft jedoch mit der Herbstsaison ganz erheblich besserte. Dann ließen die Befestellungen so flott ein und die Lieferungsstermine waren meist so kurz bemessen, daß Störungen in der glatten Abwicklung des Geschäftes entständen, was sich im verfloßenen Jahr besonders stark und unangenehm fühlbar machte. Man will diesem Uebelstand für die Zukunft dadurch entgegenwirken, daß die Kundschaft in den Gold- und Silberwarensachblättern usw. erjucht wird, die Weihnachtsaufträge frühzeitig genug zu bestellen. Ueber Preisrückierungen von „Nichtmitgliedern“ wurde von verschiedenen Seiten Klage geführt, sagt der Bericht. Mitglieder sind also offenbar an diesen Dingen nicht beteiligt, oder man erwähnt es nicht, um nicht Streit in die Reihen der organisierten Fabrikanten zu tragen. Eine Sitzung der Vertrauenskommission sowie des Preisomitees der Fabrikanten hat sich mit der Frage der Preisrückierungen befaßt, aber ohne definitive Beschlüsse zu fassen. Ihr Verbandstag war natürlich auch nicht imstande, ein wirksames Mittel gegen dieses Uebel ausfindig zu machen, das ja auch nur dann gründlich beseitigt werden könnte, wenn man den berühmten „freien Wettbewerb der Kräfte“ aus der Welt schaffen wollte, der mit der bestehenden Wirtschaftsordnung unläßlich verbunden ist. Das beste Mittel, das den Fabrikanten gegenwärtig gegen die allzu unverschämten Preisrückierungen zur Verfügung steht, ist der Abschluß fester Tarifverträge mit der Arbeiterschaft. Aber von solchen Lohnverträgen wollte ihr Verbandstag, wie wir schon in der „Buchbinder-Zeitung“ mitgeteilt haben, nichts wissen. Im Gegenteil, man rüstete sich stärker als bisher zum Kampf gegen die Arbeiterschaft, indem man den Entschädigungsfonds für Arbeitsentstellungen durch Zusammenfluß mit den Streikentschädigungsfonds der anderen Unternehmerverbände zu stärken suchte. Bei der Streikentschädigungsgesellschaft der deutschen Arbeitgeberverbände ist der Etuisfabrikantenverband bereits rüchversichert. Zum Arbeitsnachweis ihres Verbandes wurde beschlossen, daß in der Kartonnagenzeitung regelmäßig eine Liste offener Stellen und eingelegener Meldungen von Arbeitern veröffentlicht werden soll, und die Mitglieder wurden erjucht, bei ihnen eingehende Stellengesuche im Nichtbedarfsfalle dem Arbeitsnachweis zu überweisen. Die Etuisarbeiter, die sich auf diese oder jene Weise um Stellung bemühen, müssen also damit rechnen, daß ihre Namen im Verbandsorgan der Fabrikanten veröffentlicht werden. Die Fabrikanten möchten natürlich die absoluten Herren des Arbeitsmarktes sein, während unsere Kollegen sich ein Interesse daran hat, mit ihrer Arbeitskraft nicht häufteren zu gehen und von dem Käufer zu verlangen, daß er den Verkäufer der Ware Arbeitskraft als einen gleichberechtigten Faktor auf dem Arbeitsmarkt anerkennt. Interessant ist auch noch folgender Passus des Berichtes:

„Sodann lag ein Antrag vor, Maßnahmen gegen die Quertreibereien verschiedener Außenleiter zu treffen. Nach längerer Aussprache war man sich darin einig, daß diesen Außenleitern in wirksamer Weise nur dadurch beizukommen ist, daß man die Rohmaterialienlieferanten zu bestimmen sucht, ihnen nichts mehr zu liefern und auch bei in Frage kommenden Freizeiteiten der Abnehmerkreise vorstellig wird, daß man Anzeigen von diesen Firmen nicht mehr aufnimmt. Dem Vortrage und der Vertrauenskommission wurde aufgetragen, entsprechende Maßnahmen zu treffen, und die Lieferantenfirmen, die den Verband in seinen Bestrebungen in der gedachten Weise unterstützen, im Verbandsorgan zu veröffentlichen, damit diese Firmen von den Verbandsmitgliedern bei der Deckung ihres Bedarfs bevorzugt werden.“

Unorganisierte und unsolidarische Fabrikanten werden also hier, soweit es nur durchführbar ist, mit der Vernichtung ihrer Existenz bedroht. Es ist nur gut, daß es keine Arbeiter sind, die dergleichen Beschlüsse fassen und durchzuführen geben, sonst hätte der Staatsanwalt Ursache, einzuschreiten.

In den Vorstand des Verbandes wurden folgende Herren gewählt: als Vorsitzender Gottschalk-Leipzig, stellvertretender Vorsitzender und Schriftführer Wiesner-Leipzig, Zeh-Gannau als Kassierer, Generalsekretär Raiffe-Berlin, Direktor Bösch-Förzheim, W. Schneider-Eisenberg und Markwald-Zahr als Beisitzer.

Auf dem Verbandstage des Bundes deutscher Buchbinderinnungen nahmen die Festlichkeiten, das

gemüthliche Beisammensein, die Ausflüge usw. den größten Teil der Zeit in Anspruch. Gleichwohl hatte man eine sehr reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Es waren nicht weniger als 25 Punkte zur Verhandlung gestellt, und hätte man auch nur die allerwichtigsten Fragen gründlich behandelnd und diskutierend wollen, so wäre in den drei Verhandlungstagen kaum Zeit zu Vergnügungen übrig geblieben. Aber mit solch grauem Ernst pflegt man ja auf Seiten der Arbeitgeber diese Dinge nicht anzupacken.

Aus allen Gauen des Reiches waren, wie berichtet wird, die Vertreter des Buchbinderhandwerks nach Annaberg geströmt, zu Hunderten; auch das Ausland war vertreten, und aus der Schweiz lief ein Begrüßungstelegramm ein. Es ist aber wohl zu hoffen, daß durch diese Dinge unsere liebwerten Meister nicht etwa von bösen internationalen Gedanken angeeckt worden sind.

Als Einleitung zu den Hauptverhandlungen fanden mehrere Vorstandssitzungen statt zur Vorbereitung der verschiedenen Tagesordnungspunkte, und dabei ist offenbar manches erledigt worden, was gründlich zu erörtern, Sache des Verbandstages gewesen wäre.

Aus dem Bericht des Bundesvorstandes erzählt man unter anderem, daß verschiedene Eingaben an die Behörden gemacht worden sind, z. B. gegen den Handel einiger Geistlicher mit Büchern und dergleichen, ferner gegen die Gefängnisarbeit usw. Leider, sagt der Bericht, ergielten diese Eingaben nicht in allen Fällen befriedigende Antworten. Ueber die Konkurrenz, die der freien Arbeit durch die Gefängnisarbeit gemacht wird, ist ja auch im preussischen Abgeordnetenhaus verhandelt worden, worüber ebenfalls berichtet wird. Ob der dort gefaßte Beschluß das Uebel, unter dem ja die Arbeiterschaft mindestens ebenso sehr zu leiden hat wie die Arbeitgeber, beseitigt oder auch nur eingeschränkt wird, ist jedenfalls sehr zu bezweifeln. Uebrigens greifen die Buchbindermeister auch diese Frage nicht mit dem nötigen Ernst und der nötigen Unerbrotlichkeit an, was ja bei der Sache, den Behörden irgend etwas Unangenehmes zu sagen, leicht begreiflich ist. Wie sie sich in dieser Sache verhalten, zeigt folgende Auslassung in ihrem Verbandsorgan:

„Erst kommen die Meister von allen Seiten mit Klagen, da wird gejammert, dort wird geschrien, man meint, ein großer Teil ist durch die Arbeit in den Gefängnissen dem Zusammenbruch übergeben, dann wird auf dem Verbandstage der Vorst: beauftragt, entschieden und mit allem Nachdruck bei den Behörden gegen den Wettbewerb der Gefängnisse vorstellig zu werden; der Vorstand setzt sich pflichtschuldigst auf das höchste Noß, das er aufreiben kann und rennt nicht nur mit einer, sondern mit einem Duzend Lanzen gegen alle verschlossenen Türen in dem Ministerium an, dort bedeutet man ihm, bringe Beweise für deine Klagen. Der Vorstand ruft nun seine Meister auf, und nun kommt das Kläglichste, nur wenige Mutige stellen sich mit Beweisen zur Verfügung, die anderen bleiben im Kaufeloch. Das darf nicht sein, denn dadurch leidet das Ansehen des Verbandes und des gesamten Handwerks, und die bestehenden Schäden können nicht abgestellt, kommende nicht verhindert werden.“

Unsere Agrarier würden die Sache anders anpacken, würden geradezu revolutionär werden, wenn ihnen von Staats wegen durch die Gefängnisse eine solche Konkurrenz gemacht werden würde. Auf dem Verbandstage wurde, wie der Bericht sagt, von vielen Seiten scharfe Kritik an der staatlichen Konkurrenz der Gefängnisarbeit geübt, man beschloß jedoch, daß der Vorstand, weil es an der nötigen Unterstützung seitens der Meister mangelt, bis zum Eingang weiterer und genügender Unterlagen von erneuten Eingaben an die Behörden absehen soll. Es ist also bei dieser Sache gar nichts herausgekommen; man wird nach wie vor die Faust in der Tasche machen. Mit der Reichsversicherungsordnung war der Verbandstag der Meister auch nicht zufrieden, und er nahm eine Resolution an, die sich entschieden gegen jede Mehrbelastung des selbständigen Handwerks sowie gegen jede Erschwerung der Bildung von Innungs- und Betriebskrankentassen ausspricht. Die Meister wollen nichts von der Halbierung statt der Dreiteilung der Krankentassenbeiträge wissen, möchten aber gerne mehr Rechte eingeräumt haben und auch die Arbeiterschaft so stark schädigende Zersplitterung im Krankentassenwesen aufrechterhalten wissen.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung war der Bundestarif, der die Preise und Berechnungen für die verschiedenen Buchbinderarbeiten entfällt. Man beschloß, daß dieser Tarif mit einigen kleinen Änderungen bis zum nächsten Verbandstag, der 1913 stattfindet, Gültigkeit haben soll. Ueber den Arbeitgeberverband und den Lohnarif referierte der Bundesvorsitzende Herr Sachmann-Berlin. Was darüber veröffentlicht ist, hat wenig Bedeutung. Mit einem Eintritt in den Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverband war der Redner vorerst nicht

einverstanden. Wenn ein Streik ausbricht, sei es das richtige, daß sofort Nachricht an die Zentrale gelangt, damit auch die Verhandlungen sofort aufgenommen werden. Mit ihrem Verbandsorgan: „Zeitschrift für Deutschlands Buchbinder und verwandte Gewerbe“ oder vielmehr mit der Abhängigkeit dieses Organs vom Zeitungsverlag waren die Meister durchaus nicht mehr zufrieden. Der Schriftleiter Obermeister Unrath-Dresden äußerte in seinem Referat:

„Wir brauchen ein Blatt, das ohne Rücksicht auf die Anzeigenbezahler und Zeitungsbezieher, ohne Rücksichten auf die Behörden und auf die Gesellschaft, unerschrocken für die Bestrebungen des Bundes eintritt. Diese Selbständigkeit zu erhalten, war mein Streben. Wenn ich dafür kämpfte, geschah es nicht für mich, sondern für den Bund und meinen Nachfolger.“

Der Verbandstag beschloß dann auch, den Vertrag mit dem Verlag zu kündigen. Man will also offenbar ein von Geschäftsinteressen mehr unabhängiges Bundesorgan schaffen, und manchem Meister wird wohl die Unabhängigkeit unserer Gewerkschaftspresse als ein Ideal vorschweben. Ob man das erreichen wird, scheint noch sehr zweifelhaft, denn es gibt unter den Meistern offenbar auch Leute, die die Verquickung des Bundesblattes mit allerlei Geschäftsinteressen in der Ordnung finden. Herr Freisdorf-Hannover schreibt in der vorletzten Nummer der „Zeitschrift“ zu dieser Frage:

„Es wird dem Verlag zum Vorwurf gemacht, die Sache geschäftlich auszunutzen, warum auch nicht? Das wird in Dresden auch nicht anders sein, und es wird schwerlich jemand zu finden sein, der so idealistisch veranlagt ist, nicht seinen Vorteil zu wahren.“

Wenn es allerdings so sehr an Idealismus fehlt, kann man kein unabhängiges Blatt schaffen. — Die Vorstandswahlen ergaben die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder, und als Schriftleiter oder Redakteur wurde Herr Unrath ebenfalls wiedergewählt.

Ueber die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das Buchbindergewerbe ist der Öffentlichkeit sehr wenig, so viel wie gar nichts mitgeteilt worden. Nach dem Geschäftsbericht des Vorstandes schreitet der Verband tüchtig vorwärts und gewinnt immer mehr Mitglieder; wie viele es sind, wird nicht berichtet. Ein Antrag aus Hamburg, der die Verschmelzung des Schutzverbandes mit dem Innungsband zum Ziele hatte, wurde abgelehnt, was ja auch selbstverständlich voraussehen war. Ebenso wollte man nichts davon wissen, daß die Beiträge nach der Jahreslohnsumme statt nach der Kopfzahl berechnet werden sollten. Auch einige andere Anträge wurden abgelehnt, so daß, soweit der offizielle Bericht Auskunft gibt, bei der ganzen Tagung eigentlich nichts weiter herausgekommen ist, als daß man die Berichte entgegengenommen hat und sich damit einverstanden erklärte. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt.

Vom christlichen Brudersreit.

m. Bekanntlich tobt seit einem Jahrzehnt im christkatholischen Lager ein erbitterter Streit über die rechte Art und Weise, wie der katholische Arbeiter im wirtschaftlichen Leben sich als Christ betätigen soll. Auf der einen Seite stehen die M.-Gladsbacher, die Vertreter der interkonfessionellen, d. h. katholische und evangelische Arbeiter umfassenden Gewerkschaften, die von ihren Mitgliedern nicht die Verpflichtung auf einen bestimmten Glauben verlangen, sondern sich damit begnügen, ihre Handlungen so einzurichten, daß sie nicht mit den christlichen Glaubens- und Sittenlehren in Widerspruch stehen. Auf der anderen Seite stehen die Berliner, die Vertreter der katholischen Fachabteilungen, die der Meinung sind, daß der katholische Arbeiter auch in seinen wirtschaftlichen Bestrebungen sich als Christ, als Katholik bewähren, daß er immer und überall den Zusammenhang mit der Kirche wahren müsse, was eben für die gewerkschaftliche Tätigkeit des katholischen Arbeiters nur möglich sei in den beruflichen Fachabteilungen der unter geistlicher Leitung stehenden katholischen Arbeitervereine. Der Streit, der zwischen den beiden Richtungen über das wahre Christentum geführt wird, hat viel böses Blut gesät; er ist ausgefochten worden nicht nur mit Versammlungsreden und Zeitungsartikeln, nicht nur mit Flugblättern, Broschüren und ganzen Büchern, sondern auch mit Bierseideln, Stuhlbeinen, Gummiknüppeln und anderen Ausweisen christlicher Bruderkiebe, und heute noch ist kein Ende abzusehen. Die katholischen Arbeiter in den christlichen Ge-

wirtschaftlichen wollen zwar auch in ihren wirtschaftlichen Bestrebungen auf dem Boden ihrer Religion bleiben, aber andererseits doch der Zweckmäßigkeit insofern Rechnung tragen, als sie sich nicht konfessionell absondern und sich durch das Dorneinreden kirchlicher Instanzen in ihrer gewerkschaftlichen Aufgabe, der Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, nicht hindern lassen wollen. Es ist ein Kompromiß des Glaubens mit der wirtschaftlichen Notwendigkeit, den sie vollziehen, im Gegensatz zu den katholischen Arbeitern in den Fachabteilungen, die ihren Glauben voranzustellen und ihre beruflichen Interessen nur in dem Maße wahren, als die Kirche Ja und Amen dazu sagt. Man muß anerkennen, daß, wenn man nur mal der Religion einen Einfluß auf das wirtschaftliche Leben gewährt, dann die Fachabteiler jedenfalls die Konsequenzen sind. Ein interkonfessionelles Christentum, wie es sich die M.-Gladbacher für ihre Gewerkschaften zurechtgemacht haben, gibt es nicht, und namentlich als Katholik kann man nur ein Christentum als das allein wahre betrachten: die Lehre der katholischen Kirche. Dann aber können sich die Fachabteiler mit Recht berufen auf das Urteil kirchlicher Oberhäupter, so des Papstes Leo XIII., der in seiner „Arbeiterencyklika“ vom Jahre 1891 ausdrücklich vorschreibt, daß der christliche Glaube die ganze Organisation der Arbeiter durchdringen und das religiöse Element zu einer Grundlage ihrer Einrichtungen werden müsse; sie können sich berufen auf die Kundgebung der preussischen Bischöfe vom Jahre 1900, das sog. Fuldaer Pastoral, worin die christlichen Gewerkschaften als ungeeignet für die katholischen Arbeiter verworfen und ihnen die katholischen Fachabteilungen als die für ihre wirtschaftlichen Interessen allein in Betracht kommenden Organisationen empfohlen werden. Dieses Fuldaer Pastoral ist bis heute noch nicht widerrufen worden, wenn auch einzelne Bischöfe das Verdammungsurteil gegen die christlichen Gewerkschaften gemildert haben, während andere Oberhirten der Kundgebung insofern Rechnung tragen, als sie, wie die Bischöfe von Breslau und Trier, die katholischen Fachabteilungen sichtlich bevorzugen, weshalb auch in ihren Diözesen der Kampf der beiden Richtungen mit besonderer Heftigkeit tobt.

Man zeichnet die katholischen Fachabteiler noch etwas aus, was sie von den christlichen Gewerkschaften unterscheidet: die Stellung zum Streik. Die Fachabteiler verwerfen den Ausstand grundsätzlich und praktisch, während die christlichen Gewerkschaften ihn in jeder Beziehung für zulässig und für notwendig erklären. Das war bei den christlichen Gewerkschaften nicht immer so. Im Anfang traten sie auf mit der Absicht, die soziale Frage auf friedlichem Wege zu lösen; sie schalteten über den Massenkampf der Sozialdemokratie und nannten unsere Gewerkschaften Streikvereine. „Den Streik habe ich noch vor drei Jahren als ein Stück Revolution betrachtet“ — meinte Sieberts im Jahre 1900, womit er recht treffend die damalige Stimmung der katholischen Arbeiter kennzeichnete. Durch den Zwang der Verhältnisse kamen die christlichen Arbeiter bald zu anderen Ansichten, sie mußten, da sie das Vertrauen auf das gute Herz der Unternehmer im Stich ließ, notgedrungen zum Streik greifen, wenn sie ihre Organisationen nicht für überflüssig erklären und die Mitglieder davonlaufen sehen wollten. Heute legen die christlichen Gewerkschaften in ihren Statistiken und Berichten Wert auf den Nachweis, daß sie, was den Ausstand betrifft, an Entschiedenheit hinter keiner anderen Gewerkschaftsrichtung zurückbleiben, und einer ihrer Führer konnte 1902 verkünden: „Nimmt man uns die Waffe des Streiks, dann hat für uns die Gewerkschaftsbewegung keinen Wert mehr.“

Die katholischen Fachabteiler verwerfen, wie gesagt, den Streik als unerlaubt vom religiös-sittlichen, und als ungewinnlich vom sozialen Standpunkte aus. Sie wissen das zu belegen aus päpstlichen und bischöflichen Kundgebungen, aus Büchern und Schriften von Sozialpolitikern und Moraltheologen. Gerade der Frage der Erlaubtheit und Zweckmäßigkeit des Ausstandes ist in der letzten Zeit von den katholischen Fachabteilern eine derartige Wichtigkeit beigelegt worden, daß die christlichen Gewerkschaften in dieser Frage nimmehr den eigentlichen Streitpunkt zwischen den beiden Richtungen erblicken. Der Münchener „Arbeiter“ (Verbandsblatt der katho-

lischen Arbeitervereine Süddeutschlands), der in der Gewerkschaftsfrage es mit den M.-Gladbachern hält, kommt am Schluß einer längeren Darlegung zu dem Ergebnis, daß der Kernpunkt im christlichen Gewerkschaftsstreit letzten Endes nicht in der Interkonfessionalität und der kirchlichen Autorität liegt: „Der Kernpunkt liegt im wirtschaftlichen Programm der Berliner Fachabteilungsidee, das den Streik als unfürzlich verwirft, den Arbeiter vollständig entwaffnet und wehrlos machen will, ihn dafür auf unbestimmte Zeit verströhet, wo der Staat alles ordnen und regeln wird; wo er den „Berlinern“ zu Liebe und zum Trost die Gewerbe-freiheit besetzt, alles verstaatlichen und nach „Berliner“ Rezept durch Lohnämter, Zwangsschiedsgerichte usw. ähnlich wie im sozialdemokratischen Zukunftsstaat organisieren wird. Diese Utopien aussprechen, heißt sie auch schon als phantastisch verwerfen mißsammt der ganzen unglücklichen Idee, aus der diese verschwommenen Zukunftsbilder geboren wurden.“

Das Verbandsblatt der christlichen Holzarbeiter erklärt ebenfalls, daß der Kernpunkt der Differenzen auf wirtschaftlichem Gebiete läge. Die katholischen Fachabteilungen kämen als gewerkschaftliche Organisationen nicht in Betracht, sie verfolgten den Zweck, „in unserem modernen Staatswesen durch die Beeinflussung des Wirtschaftslebens im Sinne eines reaktionär-mittelalterlichen Systems der katholischen Kirche zu dienen. Was man will, erreicht man indes nicht, da unser Staatswesen anders gearbetet ist, die Zusammensetzung der Bevölkerung verkannt, die Macht der Kirche überschätzt und die Struktur unseres Wirtschaftslebens nicht verstanden wird. Ueber die Theologie der Berliner deckt man am besten den Mantel der Liebe, das volkswirtschaftliche und wirtschaftspolitische System der Herren verdient aber als der Lußfuß aller Mühsüßigkeit gebirgmarkt zu werden. Die Leute blamieren die katholische Kirche, auf deren Lehren sie immer so pochen, bei jeder Gelegenheit, wo sie nur ihre volkswirtschaftlichen Ideen zum besten geben.“

Und das Verbandsorgan der christlichen Metallarbeiter jammert jüngst ein Langes und ein Breites, „daß Glaubens- und Parteigenossen sich in solcher Weise entwickeln konnten und heute ihre Frontstellung stets zugunsten des Scharfmachertums gegen die aufwärtsstrebende Arbeitererschaft einnehmen. Da sind die Welken wirklich ehrlidher und genießbarer, da sie aus ihrer Judasmission kein Hehl machen und wenigstens Kirche und Religion mit ihrer Arbeiterverrätere nicht verquiden und deshalb auch weniger Verwirrung und Unheil im christlichen Lager anrichten können.“

Es verheißt sich, daß die Fachabteiler derartige Liebenswürdigkeiten reichlich heimzahlen und daß die Berliner den M.-Gladbachern ebenso aufrichtig ein halbes Verenden an den Hals wünschen, wie die M.-Gladbacher den Münchenern. So wird der Streit weiter toben, bis eine oder zwei Leichen den Kampfplatz bedecken — als warnendes Exempel, wie unnützig es ist, die Religion in die wirtschaftlichen Bestrebungen hineinzutragen, mag es sich nun um interkonfessionelles Gewerkschafts- oder katholisches Fachabteilungschristentum handeln.

Der Alkohol und unsere Gegner.

Nur wenige Menschen haben eine Ahnung, welche enormen Summen Jahr für Jahr von unserem Volke für alkoholische Getränke aufgebracht werden. Weit über 3 Milliarden Mark sind es, die alljährlich für Wein, Bier und Schnaps ausgegeben werden. Wieviel Not und Elend klebt an diesen Unsummen, welche der Regierung, den Schnapsbrennern und den Bierbrauereien in die Tasche fliegen. Gibt diese Riesenzahl nicht Grund zum Nachdenken? Hat das arbeitende Volk nicht allen Anlaß, den großen Teil, den es dazu beigetragen hat, herabzubringen?

Der letzte sozialdemokratische Parteitag hat hierzu einen erfreulichen und wünschenswert erfolgreichen Schritt getan durch den Beschluß des Schnapsbojkotts. Die Arbeiter haben damit fundiert, daß sie nicht gewillt sind, noch länger durch Arbeitergroßen den Gegnern die Taschen zu füllen.

Der Genuß alkoholischer Getränke ist keine Sitte, wie er so schon nach deutscher Art genannt wird, sondern nachgerade zu einer Volksfeude geworden. Bis auf die ältesten Zeiten kann diese „Unsitte“ zurück verfolgt werden. Durch seine ungeheure große Verbreitung ist der Alkoholgenuß zu einer regelmäßigen Gewohnheit geworden. Findet

man doch oft noch den alten Glauben, daß z. B. das Bier ein Nahrungsmittel sei. Jawohl, aber nicht für den, der es trinkt, sondern für den, der den Alkohol herstellt und verkauft. Hier und da hört man den unsinnigen Ausspruch: „Der Mensch kann sich schwer von seinen alten Gewohnheiten trennen.“ Aus Bedürfnis müsse er täglich Alkohol genießen. Nein, nicht aus Bedürfnis, nicht etwa, daß sie nicht über die Schäden des Alkohols aufgeklärt wären, sondern nur aus Gewohnheit. Diese Gewohnheitsmenschen sind die Förderer reaktionärer Bestrebungen. Sie beachten nicht, wie sie durch Konsumierung von Alkohol in unverantwortlicher Weise unsere Gegner indirekt finanziell unterstützen. Um so mehr haben wir Arbeiter die Pflicht, den Parteitagbeschlüssen hochzuhalten und dafür Sorge zu tragen, daß den Fuschbrennern die Einnahmen von Jahr zu Jahr geschmälert werden. Denn nichts trifft diese reaktionäre Gesellschaft empfindlicher, als der Druck auf den Geldbeutel.

Darum haben auch wir, als ein bescheidenes Glied der gesamten arbeitenden Masse, die moralische Verpflichtung, unsere ganze Kraft einzusetzen, diesen Beschluß zu voller Wirksamkeit zu verhelfen.

Kollegen! Meidet den Alkoholgenuß, tretet ein für Einschränkung im Biergenuß! Jeder muß es sich zur Ehre anrechnen, mitzuarbeiten am Wohle des Volkes, mitzuarbeiten an den sozialen und kulturellen Aufgaben. Wenn jeder Kollege darin seine Pflicht tut, so werden wir bald die Früchte unserer Arbeit zu ernten vermögen, zu unserem Ruhm, den Gegnern aber zum Traß.

Leipzig.

R.

Der Streik in den Kunstanstalten von Nürnberg-Fürth

ist nimmehr zur Tatsache geworden. Die am Dienstag, den 9. und Freitag, den 12. August mit den Kunstanstaltsbesitzern gepflogenen Verhandlungen führten zu dem minimalen Zugeständnis, daß einzelnen Arbeitern und Arbeiterinnen Zulagen nach dem Ermessen der Arbeitgeber gewährt werden sollten, Tarif und Minimallohne aber rundweg von denselben abgelehnt wurden. Die Arbeitervertreter konnten sich hiermit nicht einverstanden erklären, zumal die Zulagen fast in allen Fällen nur 50 Pf. für Arbeiterinnen und 1 Mk. für Arbeiter betragen. Sie akzeptierten aber nichtsdestoweniger einen Vorschlag der Arbeitgeber, monach die Arbeiter und Arbeiterinnen selbst darüber entscheiden sollten, ob sie mit dem Angeboten zufrieden wären oder nicht. Am Sonnabend fand dann zunächst eine Werkstatteversammlung der Firma Bing-Fürth statt, in der die Angebote einstimmig von den Abstimmdenden verworfen wurden, nur 4 Mitglieder des christlichen Gemeindegewerksverbandes stimmten dafür. Zwei weitere Versammlungen aller in den Kunstanstalten beschäftigten Buchbindereiarbeiter und Arbeiterinnen, die am Sonntag, den 14. August tagten, beschlossen gegen eine Stimme, vom Montag, den 15. August an die Arbeit einzustellen.

Am Montag, den 15. d. M., traten die Personale der Firmen Bing, Hesse, Ritter u. Kloeden, Gebr. Fels, Ged u. Co., Goldschmidt, Schneller u. Co., Meher, Schemm, Rißter und Roder in den Streik. In den meisten Firmen ist der größte Teil des Personals ausständig geworden, nur bei der Firma Rißter ist die Beteiligung nicht im wünschenswerten Maße erfolgt. Stehen geblieben sind bei Bing-Fürth die 4 Christlichen. Ausständig sind ungefähr 70 Arbeiter und 430 Arbeiterinnen. Da der Geschäftszugang allgemein ein guter ist, so steht zu erwarten, daß über kurz oder lang die Kunstanstaltsbesitzer sich zu besseren Konzessionen verstehen werden. Die Arbeiterschaft ist zum mindesten entschlossen, den Kampf um die Verbesserung der Lohnbedingungen bis zum Ende durchzuführen, da in Nürnberg-Fürth solches ganz besonders dringend notwendig ist, weil kaum sonst in Deutschland so schlecht entlohnt werden dürfte, wie gerade hier.

Korrespondenzen.

Deutschland. Gesperrt sind in Breslau die Firmen Gehauer, Fiebig und Schröter, in Heilbronn die Firma Brock u. Feierabend. Zugug ist fernzuhalten von Rathenow (Stuisarbeiter), ebenso von Eisenberg (Stuisarbeiter); ferner von Nürnberg-Fürth (Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen, Buchbinder, Fräger, Brägerinnen usw.).

Oesterreich. Die Kollegenschaft von Wien und Linz steht für eine Lohnbewegung, weshalb Zugug fernzuhalten ist. Gewarnt wird vor Arbeitsaufnahme bei der Firma Giovanni Logar in Görz.

Schweiz: Ueber die Firmen A. W. Heine, Stickeriegeschäft in Arbon, und Aktiengesellschaft Feldmühle in Morfischach ist die Sperre verhängt.

Belgien: In Turnhout in Belgien sind über 500 Papierarbeiter in den Streik eingetreten. Zugang ist von Turnhout streng ferngehalten.

Braunschweig. Am Sonnabend, den 13. August, fand in unserer Zahlstelle eine überaus stark besuchte Versammlung statt. Kollege Kornacker-Hannover referierte über: „Die Organisation und deren Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen“. An der Hand reichen Materials wies der Referent nach, wie auch unser Verband stets bestrebt war, dieser seiner Hauptaufgabe gerecht zu werden. Wenn hier die Verhältnisse noch so überaus traurige sind, so ist es einzig und allein die Schuld der hiesigen Kollegen selbst. Speziell wies der Redner darauf hin, daß sich die Unternehmer in Halberstadt und Osterwieck darauf beriefen, daß hier noch so schlechte Löhne beständen, und es wäre endlich an der Zeit, daß auch hier andere Verhältnisse geschaffen würden.

Verteils im April hatte eine Versammlung den Vorstand beauftragt, die Vorarbeiten zu einer Lohnbewegung zu erledigen. Der Vorstand und die hierzu gewählte Kommission war diesem Auftrag nachgekommen, und Kollege Schläffer verlas, an das Referat anschließend, den ausgearbeiteten Tarifentwurf. Die Debatte war eine sehr lebhafte, doch wurde der Entwurf mit einigen geringen Änderungen und Zusätzen gutgeheißen.

Wann die Forderungen den Unternehmern unterbreitet werden sollen, wurde der Kommission überlassen. In seinem Schlusswort ersuchte Kollege Kornacker die Anwesenden, nun aber auch tatkräftig den Vorstand zu unterstützen und dafür zu sorgen, daß auch der letzte Kollege und speziell die Kolleginnen dem Verbandszugeführt werden.

Kollegen und Kolleginnen! Beherztigt vor allem die letzten Worte des Referenten, nutzen wir die kurze Spanne Zeit, die uns noch zur Verfügung steht, zur einseitigen Agitation aus, führen wir die wenigen uns noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen dem Verbandszuge, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben!

N.B. Die hiesige Innung hat auf der Tagesordnung ihrer am 17. August stattfindenden Versammlung folgenden Antrag zur Beschlußfassung unterbreitet: Anschluß an den niederländischen Schuhverband für Handel und Gewerbe.

Frankfurt a. M. Am Dienstag, den 9. August, fand hier im Gewerkschaftshause eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle statt. Die in den letzten Monaten entfaltete Agitation zur Einleitung einer Tarifbewegung wurde durch einen sehr starken Besuch der Versammlung belohnt, der den Saal bis auf den letzten Platz füllte. Das Interesse der Mitglieder war gesteigert durch die Tagesordnung. Zum ersten Punkt sprach Genosse Ege vom Zimmerer-Verband über die Taktik der Unternehmerverbände. In trefflichen Ausführungen, ausgehend von der Bauarbeiterausperrung, schildert er die Praktiken dieser Organisationen, alle gewerkschaftlichen Aktionen lahmzulegen, um Verbesseerungen hintanzuhalten. Ihre Streben ist das schwebende Muster einzuführen, um die Arbeiterverbände zu vernichten. Nur starke Organisationen sind dagegen die beste Wehr und dies gilt auch bei unserem Vorhaben, einen Tarif in Frankfurt zur Einführung zu bringen. Die Rede löste lebhaften Beifall aus. Hierauf sprach Kollege Meß über Stellungnahme zu einer Tarifbewegung. Das erste ernsthafte Bestreben der hiesigen Kollegen zur Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse kam im Jahre 1900 zur Entfaltung, wo sie in einer Lohnbewegung mit teilweisem Streik ansehnliche Erfolge erzielten. Auch bei der Bewegung des Jahres 1904 war das der Fall. Seitdem aber erschweren die fortschreitende Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, die steigenden Mieten, veranlaßt hauptsächlich durch die Steuer und Zollpolitik, die gesamt Lebenshaltung; da reichen unsere niedrigen Löhne nicht mehr aus. Als eine der niedrigst entlohnten Berufsgruppen Frankfurts haben wir die doppelte Pflicht, Löhne und Arbeitszeit in ein der jetzigen Zeit entsprechendes Verhältnis zu bringen. Die Schmuckkonturren, die hier in unserem Verufe, besonders aber in der Kartonnage herrscht und in welcher sogar führende Schachtmacher groß sind, bedrückt in erster Linie die Arbeiter. Sie kann nur durch einen entsprechenden Tarif überwunden werden. Selbst in kleineren Orten brachten es die Kollegen teilweise durch Tarifverträge dahin, daß die Arbeitsverhältnisse bessere wurden, als sie hier sind, ganz besonders in Mannheim und Hanau. Diesem nachzustreben, ist unsere Pflicht, wollen wir nicht zugleich ein Hemmnis für

den Fortschritt an anderen Orten sein, da von dortigen Prinzipalen auf die Verhältnisse in Frankfurt hingewiesen wird. Redner zeigte nach, in welcher Richtung sich der Tarif bewegen müsse, ebenso wies er an der Steigerung der Mitgliederzahl in den letzten zwei Monaten nach, daß infolge der geleisteten Vorarbeiten das Interesse für eine Tarifbewegung gewaltig gestiegen ist, so daß wir mit guten Hoffnungen eine solche einleiten können. Also alle Kräfte dafür angepannt und keine Arbeit dafür gescheut! — Die Diskussion über beide Referate ergab die Zustimmung zur Tarifbewegung, die auch durch geheime Abstimmung gegen nur eine Stimme beschloffen wurde.

Kolleginnen und Kollegen! Jetzt steht uns eine gewaltige Arbeit bevor, es gilt zu zeigen, daß wir uns ebenbürtig den anderen Berufen und Gewerkschaften hier an die Seite stellen können; es gilt, den Arbeitgebern, die uns bis jetzt noch wenig Entgegenkommen und Verständnis für die Erfordernisse der Zeit bewiesen, zu zeigen, daß wir dieses jetzt von ihnen erwarten! Also agitiert und organisiert! — Sinein in den Verband.

München. Am 6. August fand unsere Quartalsversammlung statt. Kollege König erstattete den Bericht für das 2. Quartal 1910. Die Einnahmen der Verbandskasse betragen 5645,90 Mk., die Ausgaben 2860,48 Mk., an die Verbandskasse eingesandt 4200 Mk. Die Lokalkasse hatte 1883,24 Mk. Einnahmen und 1590,48 Mk. Ausgaben. Bestand derselben 2032,82 Mk. Der Bestand des Lokalunterstützungsfonds beträgt 923,40 Mk. Der Mitgliederstand betrug am Schlusse des 1. Quartals 412 männliche und 853 weibliche gleich 1265, am Schlusse des 2. Quartals 409 männliche und 879 weibliche gleich 1288 Mitglieder. Eingetreten und zugereist sind 36 männliche und 151 weibliche gleich 187; ausgestreut, abgereist und wegen Weitragsresten ausgeschieden 39 männliche und 125 weibliche gleich 164 Mitglieder. Der Arbeitsnachweis hatte folgende Frequenz: Stellenangebote 67 männliche, 215 weibliche gleich 282; Stellensuche 124 männliche, 208 weibliche gleich 332. Bejest wurden 53 männliche, 162 weibliche. 127 Kollegen waren 530 Tage, 208 Kolleginnen 673 Tage arbeitslos und bezogen 727,50 Mark Unterstützung. 30 Kollegen waren 540 Tage, 63 Kolleginnen 1420 Tage krank und erhielten 1103 Mark Unterstützung. Die Weitragsreste haben leider eine ziemliche Höhe erreicht und werden die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse ersucht, wenn sie sich vor Schaden bewahren wollen, ihre Beiträge pünktlicher zu entrichten. Versammlungen fanden 4, Ausschusssitzungen 4, Lohnkommissionssitzungen 8, Werkstüberversammlungen 34 statt. Im Gau 17 stehen 21 männliche und 2 weibliche Mitglieder. Die Einnahmen der Verbandskasse betragen 171,25 Mk., die Ausgaben 38,52 Mk. Die Lokalkasse hatte 25,12 Mark Einnahmen, 17,71 Mk. Ausgaben und einen Kassenbestand von 49,84 Mk. Seiler gab den Bibliotheksbericht für die letzten zwei Quartale, nach dem an 29 Tagen 325 Bücher an 89 Kollegen und 66 Kolleginnen ausgeliehen wurden. Faust gab hierauf einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Lohnkommission. Die Vorarbeiten für die Lohnbewegung sind beendet und die Bewegung werde schon in den nächsten Tagen in ein offenes Stadium treten. Die Mitglieder werden dringend ersucht, die einberufenen Werkstüberversammlungen vollzählig zu besuchen und wenn irgendwo solche gewünscht werden, dies rechtzeitig dem Bureau anzumelden, damit die Lohnkommission planmäßig arbeiten kann. — Hierauf kam ein Antrag des Ausschusses zur Beratung, der den Lokaltbeitrag in allen vier Weitragsklassen ab 15. August um 5 Pf. pro Woche erhöhen sollte. Zur Begründung wurde hauptsächlich die bevorstehende Lohnbewegung angeführt, welche wahrscheinlich an die Lokalkasse große Anforderungen stellen wird. An diesen gerecht zu werden, müssen die Mitglieder dafür sorgen, daß die Kasse gestärkt wird. Der Antrag hatte eine recht lebhafte Debatte zur Folge. Alle Redner waren sich über die Notwendigkeit der Klassenstärkung einig, doch machte sich eine scharfe Opposition gegen die Erhöhung des Lokaltbeitrages für die Kolleginnen bemerkbar. Der vorge-schlagene Beitrag für die Kollegen wurde allgemein als zu niedrig befunden. Schließlich wurde beschlossen, den Lokaltbeitrag für die Kollegen in beiden Weitragsklassen um 5 Pf. pro Woche zu erhöhen. Der Wochenbeitrag beträgt also vom 4. September ab in der 3. Klasse 70 Pf., in der 4. Klasse 80 Pf. pro Woche. Vom 1. Oktober 1910 ab beträgt der Beitrag nach dem Verbandsratsbeschlusse mit Lokaltbeitrag 1. Klasse 25 Pf., 2. Klasse 40 Pf., 3. Klasse 80 Pf., 4. Klasse mit Inbaldenbeitrag 1 Mk. pro Woche. Außer der Erhöhung des Lokaltbeitrages wurde mit großer Majorität beschlossen, daß Streikmarken a 20 Pf. für die Kollegen ausgegeben werden sollen und wurden die Kollegen dazu verpflichtet, daß bis zum 1. Januar

1911 mindestens für den Betrag von 3 Mk. solche Marken gekauft werden müssen. Für die Kolleginnen werden Marken a 10 Pf. ausgegeben, dieselben sind jedoch freiwillig. Es wird nun an unsere Mitglieder der dringende Appell gerichtet, recht kräftig dafür zu sorgen, daß genügend Munition für einen eventuellen Kampf vorhanden ist, denn die beste Gewähr für eine erfolgreiche Lohnbewegung ist eine gut gefüllte Kasse.

In Dsnabrück sind unsere Kollegen in eine Tarifbewegung eingetreten. Sie haben den Arbeitgebern einen Tarifentwurf vorgelegt, der für die Arbeiter und Arbeiterinnen unseres Berufs sowohl in den Buchbindereien, Kontobuchfabriken, Linieranstalten, Kartonnagenfabriken sowohl wie in Buch- und Steindruckereien Geltung erhalten soll. Die Hauptforderungen sind: Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auf 9 Stunden, Sonnabends und an den Vorabenden der gesetzlichen Feiertage auf 8 Stunden, Festsetzung von Minimalwochenlöhnen für Gehilfen im ersten Jahr nach der Lehrzeit 19 Mk., für Gehilfen im Alter von über 19 Jahre 21 Mk., von über 21 Jahre 23 Mk. und von über 23 Jahre 25 Mk., für Arbeiterinnen im ersten Halbjahr der Berufstätigkeit 9 Mk., im zweiten Halbjahr 10 Mk., im folgenden Jahre 12 Mk. und danach 14 Mk. Für Affordarbeiten sollen die Affordlöhne des Leipziger Tarifs gelten, sofern kein Werkstübentarif abgeschlossen ist und wird. Für Heberzeitarbeit, die möglichst zu vermeiden ist, werden 25 Proz. Zuschlag, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Proz. verlangt.

Potsdam-Nowawes. Eine stark besuchte Versammlung der in den Buchbindereien beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen nahm Stellung zu den von der Lohnkommission vorgelegten Forderungen an die Arbeitgeber am 13. August. Die vom besten Geiste besetzten Versammelten erklärten sich mit der Tarifvorlage einstimmig einverstanden. Die hauptsächlichsten Punkte derselben sind folgende: Die Arbeitszeit ist eine neunstündige; am Vorabend vom Sonnabend und gesetzlichen Feiertagen beträgt dieselbe 8 Stunden. Der Minimallohn beträgt für Gehilfen 25 Mk., für Tischarbeiterinnen 13,50 Mk. und für Maschinenarbeiterinnen 15 Mk. Für Affordarbeiten gilt der Leipziger Tarif. Der Gausvorsitzende, Kollege Lemmer, betonte, daß diese Forderungen als bescheiden zu bezeichnen sind; namentlich wenn man bedenkt, daß die hiesigen Lebensverhältnisse mit Ausnahme der Wohnungsmieten dieselben seien wie in Berlin, und die vorgesehenen Minimallöhne noch lange nicht die Berliner Löhne erreichen. Es wird nun das ernste Streben der Organisation sein, auf friedlichem Wege eine Verständigung mit den Arbeitgebern zu erreichen, sollten wir aber unerwarteterweise kein Entgegenkommen finden, so werden auch wir Mittel und Wege finden, um unsere Forderungen zur Anerkennung zu bringen. Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden nochmals anfeuernte, in der Agitation nicht nachzulassen, schloß die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen kräftigen Hoch auf unsere diesjährige Tarifbewegung.

Brieg. Am Sonnabend, den 23. Juli, hielt die hiesige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab, die ausnahmsweise sehr gut besucht war. 9 Neuaufnahmen, konnten im zweiten Quartal berufen werden, so daß am Ende desselben der Mitgliederbestand auf 68 männliche und 5 weibliche gestiegen ist. Nach der Erstattung des Klassenberichts beschäftigte sich die Versammlung eingehend mit der Regelung der lokalen Krankenunterstützung. Nach lebhafter Debatte wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, die Unterstützung in derselben Weise weiter zur Auszahlung zu bringen und dafür den Lokaltbeitrag vom 1. August ab auf 10 Pf. zu erhöhen.

Posen. Am 8. August hielt unsere Zahlstelle eine ordentliche Mitgliederversammlung ab, in welcher der Bezirksleiter Kollege Würzberger ein Referat hielt über: „Die Tarifgemeinschaften der Gewerkschaften“. In großen Umrissen schilderte Redner den Nutzen der Tarifabschlüsse und ging dann auf die hiesigen Verhältnisse ein. Redner betonte, daß sich die hiesigen Arbeiter bedeutend schlechter stellen, als die Kollegen in anderen Gegenden, und daß es an der Zeit wäre, auch in Posen tarifliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Schließlich forderte derselbe die Anwesenden auf, sich recht eifrig an der Agitation zu beteiligen und die noch Fernstehenden dem Verband zuzuführen.

An den Kollegen und Kolleginnen wird es nun liegen zu beweisen, daß auch sie gewillt sind, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, indem sie kräftig agitieren! Denn je größer die Zahl, desto größer die Macht und desto größer auch die Vorteile. Mit lebhafter Zustimmung quittierten die Anwesenden über das Geschöste. Am Schluß der gut besuchten Versammlung wurden 4 Neuaufnahmen gemacht.

Rundschau.

Ferien. Die Firma L. Käthers Buchdruckerei und Buchbinderei in Bernau (Mark) gewährte ihrem ganzen Personal eine Woche Ferien, unter vollem Fortbezug des Lohnes.

Der Allgemeine Anzeiger für Buchbindereien in Stuttgart verweigerte die Aufnahme dieser Notiz mit der Begründung, daß es sich nicht lohne, bei der Häufigkeit der Ferienbewilligung derartige Notizen zu bringen.

Nun, allzu häufig ist es jedenfalls in unserem Gewerbe nicht, daß ein Arbeitgeber seinem Personal Ferien gewährt, es sei denn bei Arbeitsmangel ohne Lohnzahlung. Wenn man ein solches Aussehen „Ferien“ nennen wollte, da könnte man besonders in Zeiten schlechter Konjunktur von „Häufigkeit“ reden. Aber die Mehrzahl unserer Kollegen, selbst derjenigen, die jahrelang auf ein und derselben Stelle sitzen, sehnen sich vergeblich nach schönen, sorglosen Sommerferien.

Der Streik und die Aussperrung auf den Schiffswerften, dessen Ursachen in unserem heutigen Leitartikler kurz geschildert werden, ist zurzeit der größte unter den gewerkschaftlichen Kämpfen in Deutschland. Infolge der Aussperrungstaktik des Unternehmertums hat sich der Kampf von Hamburg aus auf Stettin, Bremen, Bremerhaven, Wegeßand, Rostock, Lübeck, Kiel und Flensburg ausgedehnt und umfaßt jetzt fast 30 000 Arbeiter. Allerdings vermindert sich die Zahl der Aussperrten und Streikenden dadurch, daß viele abreißen und anderweitig Beschäftigung finden. Wenn der Kampf über kurz oder lang zum Abschluß kommt, werden die Schiffsbauunternehmer wohl vor der unangenehmen Tatsache stehen, daß ihnen ein gut Teil ihrer tüchtigsten Arbeitskräfte abhanden gekommen ist.

Schwarze Listen im Verbands Deutscher Buchbinderbesitzer? In der Leipziger Großbuchbinderei von E. A. Ender s erklärte der Direktor Kloth einigen Buchbindern, als sie infolge Differenzen den Betrieb ohne Kündigung, aber im Einverständnis mit der Geschäftsleitung verließen:

„Sie machen von Ihrem Rechte Gebrauch, selbstverständlich werde auch ich das tun. Sie wissen wohl, daß jedes Mitglied des Verbandes der Unternehmer verpflichtet ist, Sie zu entlassen und daß Sie dann ein Vierteljahr lang keine Arbeit erhalten. Sollten Sie aber dennoch in einer Verbandsfirma Unterkommen finden, dann werden Sie nach Bekanntgabe Ihrer Namen wieder entlassen.“

Wenn die Worte des Direktors Kloth zutreffend sind, so bedeutet diese Praxis einen Bruch des Tarifvertrages, bei dessen Abschluß ausdrücklich das Führen der schwarzen Listen untersagt wurde. Der Verband der Buchbinderbesitzer wird nicht umhin können, sich hierzu zu äußern.

Herr Direktor Kloth behauptet jetzt, daß es ihm gar nicht eingefallen sei, sich in diesem Sinne auszusprechen, unsere Gesprächspartner hatten aber ihre Behauptung entschieden aufrecht. Weitere Klärung ist dringend notwendig und muß abgewartet werden.

Mensch, hast Du einen seriösen Charakter, dann melde Dich! Aber nur Nichtverbänder will man haben. Zur Stütze des Meisters wird da irgendwo ein „erster Gehilfe“ gesucht, und also heißt es in der Annonce:

„Herren mit seriösem Charakter, die gegenüber dem Personal mit Takt und Energie vorgehen können, wollen sich mit Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen und Altersangabe melden.“

Seriös muß er sein, der Charakter von dem Gehilfen, aber so viel Charakter, daß man seinem Verbands angehört, ist nicht erwünscht.

Christliche Gewerkschaftsführer. Der auf der Generalversammlung des christlich graphischen Verbandes in Würzburg zum 2. Zentralvorstehenden gewählte Stadtverordnete in Darmen, Herr Gerchenbach, zurzeit Betriebsleiter in Bonn in der Firma A. Jung Söhne, hat, wie die Firma einer Hilfskommission mitteilte, aus eigener Initiative die Ferien von 3 Tagen auf 2 Tage verkürzt. Dem Eingreifen der Gehilfenkommission der freien Gewerkschaften ist es zu danken, daß diese Verschlechterung abgewehrt wurde. Da zweifle noch einer an der sozialpolitischen Einsicht solcher Gewerkschaftler.

Bekanntmachung.

Gau 10.

Um den Delegierten und Gäjten zum Gaultag am 28. d. M. mit einer guten Mittagstafel aufwarten zu können (Diner 1—1,25 Mk.), ersuchen wir um Angabe der Beteiligung bis zum 25. d. M. an nachstehende Adresse. Gleichzeitig bitten wir um Angabe der Ankunft. Die Kollegen werden nur am Hauptportal vor dem Bahnhof erwartet. Erkennungszeichen: Das Fachorgan. Nach dem Gaultag Spaziergang am Rhein und durch die

Stadt, dann gemütliches Beisammensein im neuen Volkshaus.

Zahlstelle Düsseldorf. J. A. A. Ernst, Adlerstr. 142 II.

Adressenänderungen.

Derstliche Bevollmächtigte.

Kaiserslautern. F. Bengge, Kanalstraße 33, ab 1. Oktober: Königstraße 36, III.

Untersüknngs-Anzahler.

Kaiserslautern. II. H. Blumenstraße 29, Zeit usw. wie bisher.

Köln a. Rh. Ludwig Dreher, Urjalastr. 33, von 7—8 Uhr abends, nur Werttags.

Literarisches.

Die Arbeiterschaft und das Unternehmertum. Unter diesem Titel ist das fünfte Heft jener kleinen Bibliothek für denkende Arbeiter erschienen, die den Gesamttitel „Der Klassenkampf des Proletariats“ führt und von der Buchhandlung Vorwärts verlegt wird. Das Heft bringt Tatsachen und Zahlen zum proletarischen Klassenkampf und bietet eine lehrreiche Uebersicht über das Arbeiterlos, die Zusammenfassung des Proletariats und die soziale Gliederung des Deutschen Reiches. Für den geringen Preis von 25 Pf. eine Fülle von Aufklärung und Belehrung!

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 46. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Auch ein Arbeitswilliger. Von K. Kautsky. — Innere Kämpfe in der österreichischen Sozialdemokratie. Von Otto Bauer. — Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. Von Agneron Lee. (Schluß.) — Literarische Rundschau: A. v. Witte, Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland. Von M. Nachimson. Gisela Michels-Lindner, Geschichte der modernen Gemeindebetriebe in Italien. Von Oda Olberg. — Zeitschriftenchau.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporturee zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.



Unserem lieben Kollegen Hermann Freihof er nebst seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung! Schramberg, Gau XV.

Winkel, Lineale, Schienen, Zirkel, Messer, Scheren usw. empfiehlt F. Clement, Leipzig.

Am 12. d. M. verstarb unser lieber Kollege Georg Abmeyer im Alter von 44 Jahren. Ruhe sanft! Die organisierten Linierer d. Fa. J. C. König & Ebhardt, Hannover.

Zahlstelle Weißenfels I. S. Blühlich und unerwartet verschied am 14. August unsere liebe Kollegin Martha Vogler Die Mitglieder der Zahlstelle werden ihr ein bleibendes Andenken bewahren. Die Ortsverwaltung.

Viele Kranke verdanken ihre Genesung einer Trinktur im Hause mit Lamscheider Stahlbrunnen. „Meine Tochter lag infolge schwerer Bleichsucht schwer krank da-nieder. Trotz aller angewandten Mittel vermochte sich meine Tochter nicht so zu erholen, wie wir es ersehnten. Ich bestellte eine Dose mit 30 Flaschen. Die Wirkung war geradezu wunderbar. In der ersten Woche verpirrte sie eine angenehme Anregung der inneren Organe. Sie wurde lebhafter, froher. Dann wurde es immer besser. Sie schlief ausgezeichnet, bekam Appetit, die Hautfarbe wurde frisch und rosig, alles in allem, sie fühlte sich wirklich, wie man sagt, neugeboren.“ — „Es drängt mich, Ihnen meinen Dank abzustatten für das vorzügliche Heilwasser. Es ist ein wahrer Gotteskrant. Ich litt nämlich schon 9 Jahre an Blutarmut, Bleichsucht, großer Nervenschwäche, Magenbeschwerden usw. Alle meine Leibel sind fast gänzlich beseitigt.“ — „Dies herrliche Wasser hat mir und meinen Kindern, welche auch Blut-arm sind, sehr gut geholfen.“ — Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreichen Kuren sind der beste Beweis für die trefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Trinkturen im Hause warm empfohlen bei Blutarmut, Bleichsucht, Frauenkrankheiten, Magen- und Darm-leiden, Nervenkrankheiten, Blutarmen Zuständen, z. B. nach Blut-verlusten inf. Operationen, Wochenbetten usw., nach überstandenen erschöpfenden Krankheiten, wie Infuenza usw. — Mitteilungen über Kurverfolge, Bezug des Brunnen kostenlos durch: Lamscheider Stahl-brunnen Düsseldorf SO. 123.

Gold-Gummi, Kehr gold, Watte, Lappen kauft Max Schäfer, Leipzig, Albertstrasse 8. Als Goldschmied verarbeitet das Gold selbst und zahlte deshalb höchste Preise, Kasse am Tage der Zu-sendung.

Anton Spindler, Leipzig-Th. Vorteilhafte Bezugsquelle in besten Rotguss-Schriften, Gravuren für Presse und Handvergoldung Sämtliche Ueberzug- u. Vorsatzpapiere Japanische Neuheiten Maschinen, Werkzeuge u. Materialien zu äussersten Preisen Beste Bedienung! Grosse Musterauswahl!

Unserem lieben Kollegen Joh. Sandner zu seiner Abreise nach Oesterreich ein herzliches Lebewohl! Die Kollegen der Zahlstelle Freiburg.

OTHWINCKLER. Illustration of a horse-drawn carriage. Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt O.Th.Winckler, Leipzig